

Bezugspreis:

Preis für den Abnehmer... Einzelhefte 10 Pfennig... Vierteljahrspreis 30 Pfennig...

Anzeigenpreis:

Die schärfste Kontrolle... Kleinanzeigen... Tagespreise...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 22. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Fehrenbachs Ministerliste.

Noch immer ist das neue Reichskabinett nicht fertig... trotz dem nun schon 14 Tage lang darüber beraten wird.

Als weitere aussichtsreiche Kandidaten werden heute genannt der Geheimrat Simons für das Ministerium des Auswärtigen...

Trotzdem das Kabinett Fehrenbach also noch gar nicht fertig ist, wird es von der französischen Presse bereits reichlich unwirsch aufgenommen.

Der Chef der Reichskanzlei, Staatssekretär Albert, hat infolge des Kabinettswechsels dem Reichskanzler Fehrenbach sein Amt zur Verfügung gestellt.

Der Bezirksvorstand Groß-Berlin der S. P. D. hat am 21. Juni zur politischen Lage einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Nachdem der Ausfall der Reichstagswahlen die Fortsetzung der bisherigen Regierungskoalition unmöglich gemacht und die Unabhängigen das Zustandekommen einer neuen linksgerichteten Koalition verhindert haben...

Wir erlauben die Fraktion, von der neuen Regierung unter den ersten gesetzgeberischen Maßnahmen unbedingt die sofortige Aufhebung der Militärgerichte zu fordern...

verwunderlich, daß die zur Beteiligung an einem Kabinett Fehrenbach aufgeforderten Rechtssozialisten ihre prinzipielle Weigerung, die sie schon jedem Wiederaufleben der alten Koalition entgegenstellen hatten, aufrechterhalten.

Es ist begreiflich, daß die französische Imperialistenpresse aus jeder Blüte Honig zu saugen sucht. Sie würde ein Koalitionskabinett unter sozialdemokratischer Mitwirkung wahrscheinlich nicht viel freundlicher behandeln.

Der Reichskanzler, Staatssekretär Albert, hat infolge des Kabinettswechsels dem Reichskanzler Fehrenbach sein Amt zur Verfügung gestellt.

Der Bezirksvorstand Groß-Berlin der S. P. D. hat am 21. Juni zur politischen Lage einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Nachdem der Ausfall der Reichstagswahlen die Fortsetzung der bisherigen Regierungskoalition unmöglich gemacht und die Unabhängigen das Zustandekommen einer neuen linksgerichteten Koalition verhindert haben...

Wir erlauben die Fraktion, von der neuen Regierung unter den ersten gesetzgeberischen Maßnahmen unbedingt die sofortige Aufhebung der Militärgerichte zu fordern...

Wir erlauben die Fraktion, von der neuen Regierung unter den ersten gesetzgeberischen Maßnahmen unbedingt die sofortige Aufhebung der Militärgerichte zu fordern...

Unabhängige Grundsätze.

Von Franz Krüger.

Die Partei der Unabhängigen hat sich in der letzten Zeit mit großem Kraftaufwand bemüht, in Versammlungen, Presse und Flugblättern die Kritik zu verteidigen, die sie in der Frage der Regierungsbildung im Reich verfolgt hat.

Die „Freiheit“ hat bekanntlich versucht, den Widerspruch in ihrer Partei auf ungenügende sozialistische Schulung der betreffenden Anhänger zurückzuführen.

„Nun will der „Vorwärts“ wissen, es gäbe auch in unseren eigenen Reihen Leute, die mit unserem Entschluß nicht einverstanden seien, und er bemüht sich, aus allerlei reichlich verborgenen und verstaubten Winkeln Beweise für seine Behauptung heranzuziehen.

Es hat aber auch einmal andere unabhängige „Grundsätze“ gegeben. Im August 1919 wurde in Sachen zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, die dort im Landtag die Mehrheit haben, über die Bildung einer gemeinsamen Regierung verhandelt.

„Was die Kritiker des Fraktionsbeschlusses gegen diese Auffassung ins Feld führten, war äußerst schwach. Selbst die entschiedensten Verfechter des Rätegedankens mußten zugeben, daß der Parlamentarismus neben dem Räteystem als brauchbar für den Kampf gegen die kapitalistische Reaktion beizubehalten ist.

Damals war also die Geneigtheit zum Eintritt in die Regierung nur die logische Konsequenz des Parlamentarismus und dieser eine brauchbare Waffe zum Kampf gegen die kapitalistische Reaktion.

Die „Grundständigkeit“ und „Zielklarheit“ der unabhängigen Politik wird aber auch treffend beleuchtet durch ihre Stellung zur rein sozialistischen Regierung.

Während also das unabhängige Zentralorgan noch am 16. Juni bereit ist, eine rein sozialistische Regierung zu bilden, wenn die Möglichkeit besteht, veröffentlicht das Zentralkomitee der unabhängigen Partei am 18. Juni einen Aufruf:

„Warum geht die U. S. P. D. nicht in die Regierung?“, in dem es heißt:

Auch die Möglichkeit einer Koalitionsregierung mit den Rechtssozialisten ist für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei nicht gegeben.

Aber selbst wenn das nicht der Fall wäre, läme

Das friedliche Rußland.

Paris, 21. Juni. (WZB.) Tschitscherin hat ein Telegramm an die deutsche Regierung geschickt, worin er den böswilligen und tendenziösen Gerüchten über angebliche feindselige Absichten Rußlands gegenüber Deutschland entgegentritt.

Lloyd Georges Sowjettreue.

Paris, 21. Juni. (WZB.) Nach „Journal“ hat die jetzige Zusammenkunft in Sythe sich auch mit der russischen Frage beschäftigt und Bericht über die Verhandlungen mit Kossin entgegengenommen.

Vernunft fängt wieder an zu sprechen.

Genève, 21. Juni. (WZB.) In einem von Albert Thomas beantragten Beschluß der Internationalen Seemannskonferenz wird ausdrücklich davon Abstand genommen, ein Urteil über die Berechtigung des U-Boot-Krieges zu fällen.

Entente-Konferenz in Boulogne.

Boulogne, 21. Juni. (Havas - Reuter.) Lloyd George, Millerand, Hoch, Marsal, Benizios, Balfour, Chamberlain, Curzon und Marshall Wilson sind hier eingetroffen und von den belgischen, italienischen und japanischen Delegierten begrüßt worden.

Die Thüringer Wahl.

Was Mecklenburg begonnen, scheint sich in Thüringen fortzusetzen. Nur aus einigen der thüringischen Städte, außer Jena, das wir schon im Abendblatt erwähnten, liegen uns bisher Meldungen vor.

- Altenburg: S. P. D. 9051 (8306), U. S. P. 1451 (2757), R. P. D. 242 (438), Dem. 1346 (1565), Vereinigte Rechtsparteien 7715 (8828), Landbund 117 (84).
Rudolstadt: S. P. D. 1582 (1411), U. S. P. 1184 (1556), R. P. D. 94 (106), Dem. 206 (701), D. Sp. 1963 (2006), Dnat. Sp. 684 (974), Landbund 201 (106).
Reiningen: S. P. D. 1618 (1481), U. S. P. 897 (1450), R. P. D. 9 (26), Dem. 682 (914), D. Sp. 2369 (2700), Dnat. Sp. 1261 (1862), Landbund 230 (64).
Apolda: S. P. D. 2226 (2291), U. S. P. 1853 (2966), R. P. D. 66, Dem. 900 (1765), D. Sp. 1966 (2436), Dnat. Sp. 665 (1278), Landbund 40 (57).
Zimmenau: S. P. D. 1393 (1523), U. S. P. 1500 (1922), R. P. D. 118 (119), Dem. 419 (635), D. Sp. 1942 (1121), Dnat. Sp. 621 (1075).
Gotha (Stadt und Land): S. P. D. 2459 (3024), U. S. P. 26915 (42913), R. P. D. 1580 (3120), Dem. 4409 (7152), D. Sp. 16763 (16543), Dnat. Sp. 3792 (6350), Landbund 18068 (30328).

für uns eine Koalition mit den Rechtssozialisten nicht in Betracht, solange die rechtssozialistischen Gewerkschaftsführer mit ihrer Politik der Arbeitsgemeinschaft der kapitalistischen Produktion goldene Brücken bauen, solange die politischen Führer an der formalen Demokratie und an der Koalitionspolitik festhalten. Erst eine klare und unzweideutige Abwendung der Rechtssozialisten von ihrer schwächlichen und unentscheidbaren Reformpolitik und ein Bekenntnis zu dem Programm des revolutionären Sozialismus können unsere Partei, veranlaßt, dem Gedanken einer Koalition mit der rechtssozialistischen Partei näher zu treten.

Der Sinn dieses Bekenntnisses ist der, daß jetzt auch die Koalition mit den Mehrheitssozialisten davon abhängig gemacht, daß insbesondere in der Frage „Diktatur oder Demokratie“ das Programm der Unabhängigen restlos anerkannt wird, wie es ja auch Krispien in seiner Antwort an den Genossen Müller verlangte. Die Unabhängigen versuchen also vergeblich die Tatsache zu verschleiern, daß sie auch jede sozialistische Koalition von vornherein unmöglich machen wollten durch ihre Forderung der Anerkennung der Diktatur.

Die Unabhängigen begründen ihre Stellungnahme zur Regierungsbildung damit, daß sie nur grundsätzliche sozialistische Politik treiben, und wollen daher jedes Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Parteien, „das nur eine Stärkung des Kapitalismus bedeutet“, ablehnen. Und die „Freiheit“ schreibt, daß eine rein bürgerliche Regierung „geschichtlich betrachtet“, für die Arbeiterklasse die bessere Lösung sei. Der stärkste Vorwurf, den die Unabhängigen bisher gegen uns richteten, betraf unsere Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien. Jetzt, nachdem die S. B. D. infolge der Verweigerung jeder Mitarbeit durch die Unabhängigen einen Eintritt in die Koalitionsregierung ablehnt, da eine solche Koalition ihre Grundlage nach rechts verlagere, ist auch das wieder nicht richtig. In ihrer Nummer vom 20. Juni 1920 schreibt die „Freiheit“ über die in Aussicht genommene Regierung der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei folgendes:

Trotzdem hat die Sache noch ihren Haften; der Mittelblock verfügt über keine Mehrheit im Reichstag. Jedoch auch diese Schwierigkeit wird überwunden werden, denn die Rechtssozialisten geben deutlich genug zu verstehen, daß sie der neuen Regierung gegenüber einwilligen wohlwollende Duldung zu üben gedenken. Dabin sind sie also nach so vielen stolzen Versicherungen gelangt. Sie gehen nicht in ein Kabinett, in dem Mitglieder der Deutschen Volkspartei sitzen, aber sie sind entschlossen, ihnen gegenüber eine freundliche Neutralität zu beobachten. Sie lehnen es ab, mit der scharfmachenden Schwereindustrie eine Regierung zu bilden, aber sie ermöglichen das Zustandekommen und die Existenz einer Regierung, in der die Partei der Schwereindustrie eine einflussreiche Rolle spielt.

Dieselben Unabhängigen also, die eine rein bürgerliche Regierung verlangt haben, greifen und jetzt an, weil auch wir diese Regierung zustande kommen lassen wollen. Unsere Stellung zu einer bürgerlichen Regierung muß sich nach ihren Taten richten. Deshalb muß der Regierung auch Gelegenheit gegeben werden, Taten zu zeigen. Sie durch ausdrückliches Mißtrauensvotum schon bei ihrem ersten Auftreten zu kürzen, wäre sinnlos und würde uns mit Rücksicht auf die Konferenz in Spa und andere Fragen in die größten Angelegenheiten bringen. Aufhören jeder staatlichen Ordnung und wirtschaftliches Chaos ist offenbar das Ziel der Unabhängigen, kann aber niemals unser Ziel sein.

Die Unabhängigen schlagen sich auch selbst ins Gesicht durch ihre bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen entfaltete Agitation. Es ist ganz selbsterfindlich, daß die Berliner Stadtverwaltung, die ihre Tätigkeit aufbauen muß auf

Reichs- und Landesgesetzen, unter den heutigen Verhältnissen eine rein sozialistische Politik nicht treiben kann. Trotzdem war in den Tagen vor der Wahl die „Freiheit“ ausgefüllt mit Artikeln, in denen auseinandergelegt wurde, was die unabhängige Partei schon bisher alles durch ihre Mitarbeit in der Berliner Stadtverwaltung erreicht hat. Wenn jede Mitarbeit in der heutigen Gesellschaftsordnung eine Stärkung des Kapitalismus bedeutet, so haben die Unabhängigen dieses Verbrechen in Berlin begangen. In ihrer Morgenausgabe vom 17. Juni fordert die „Freiheit“ die Wähler auf, für eine sozialistische Mehrheit (nicht für eine alleinige unabhängige Mehrheit) zu sorgen. Die Unabhängigen wollen also in Berlin mit uns zusammen arbeiten und sie sind auch bereit, hier auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse zu arbeiten.

So schaukeln die Unabhängigen zwischen den widersprechenden Ansichten hin und her, indem sie zur Verdeckung dieser Hohlheit und Grundlosigkeit mit vollen Bänden die Thesen von ihrer „grundständlichen sozialistischen Politik“, von ihrer „Zielfarben“ usw. in die Welt jenden. In Wahrheit ist die unabhängige Politik nichts weiter als die unehrlichste demagogische Ausnutzung jeder politischen Situation für ihre Parteitagitation, ohne Rücksicht darauf, ob heute das Benehmen des gestrigen Grundlages vertreten wird. Ihr alleiniges Ziel ist die Vertiefung eines fanatischen Hasses gegen die S. B. D. in ihrer Anhängererschaft. Gleichgültig ist es den „revolutionären“ Propheten der Diktatur, ob dabei die Interessen der Arbeiterklasse mit Füßen getreten werden. Arbeiter, wacht auf, erkenne den Betrug, hinaus aus der U. S. B. D.!

Ein Renegat der Demokratie.

Breitscheids Hohn über den Volkswillen.

Der jetzige unabhängige Reichstagsabgeordnete Dr. Rudolf Breitscheid kam vor acht Jahren als Schüler Theodor Barths zur Sozialdemokratie. Drei Jahre später trennte er sich wieder von ihr, um ein Unabhängiger zu werden, und heute ist er so weit, alles zu verbrennen, was er früher verehrt hat.

Wir Sozialdemokraten haben zu allererst Anlaß zu der Meinung, daß das Volk am 6. Juni einen Fehlschritt getan hat. Es hat sich zu weit in die Parteispaltung hineintreiben lassen, ist zu wild Demagogen nachgelaufen, die nichts anderes verstehen, als die Arbeit anderer herunterzureißen. Es hat noch viel zu lernen! In der Ueberzeugung aber, daß trotz alledem keine andere Staatsform mehr möglich sei als die Selbstregierung des Volkes bei voller politischer Gleichberechtigung aller, ist dadurch keiner von uns wankend geworden.

Andererseits der grundsätzlich weniger gefestigte Breitscheid. Für ihn ist das Wahlergebnis nur ein ermutigender Anlaß, um über den Volkswillen und die „formale Demokratie“ seinen Hohn auszuschütten. Also schreibt er in seiner Zeitschrift „Der Sozialist“:

Es ist wunderbar, was das Volk alles wolle soll. Bald verlangt es die Verbreiterung der alten Koalition nach links, bald die nach rechts. Heute steht es fest, daß kein Wunsch auf die Schaffung eines Mittelblocks geht, demgegenüber entweder die Deutschnationalen oder die Rechtssozialisten eine wohlwollende Neutralität üben sollen, morgen ist es klar, daß seine Absicht am 6. Juni auf die Wiederherstellung der alten Koalition gerichtet war.

Wir haben in den letzten acht Tagen so viele Volkswillen kennen gelernt, daß kein Mensch mehr aus noch ein weiß. Die Demokratie ist zu einem Abstraktionsganzem geworden. Wer innerhalb des durch die Furcht vor einer einzigen Arbeiterklasse erzeugenen Rahmens die Kunst des Zusammenschlusses beherrscht, besitzt die Knarthschaft auf die Leitung der Geschicke Deutschlands. Wenn man aber gar nicht zu Worte kommt, dann wird nach den alten Mustern binnen wenigen Mo-

naten aufs neue der Volkswille gefragt, und es wird sich dann vielleicht ergeben, daß der Volkswille vom 6. Juni tatsächlich nicht für die normale Dauer einer Legislaturperiode Gültigkeit besaß.

Breitscheid glaubt, sich weiter zu entwickeln, tatsächlich entwickelt er sich zurück. Was er da verzapft, ist geistig unreifer deutschnationaler Studententwief über die Demokratie, der besser in der „Kreuzzeitung“ Platz fände als in einer Zeitschrift, die sich „Der Sozialist“ nennt. Wenn Breitscheid alles vergessen hat, was er von Barth gelernt hat, so soll er sich jetzt vor Pautsky auf die Schulbank setzen, um es wieder zu lernen!

Die Regierungskrise in Württemberg.

In Ergänzung eines Privattelegramms im gestrigen Abendblatt wird uns aus Stuttgart weiter berichtet:

Am letzten Sonntag fand eine vollständig besuchte Landeskonferenz statt. Ihre Beratungen waren von ausgezeichnetem Geiste beherrscht. Das Gefühl, daß unsere Partei durch das Wahlergebnis vom 6. Juni irgendwie in ihrer Entwicklungsfähigkeit und ihrer Anziehungskraft für die Massen des arbeitenden Volkes leiden könnte, kam in keiner Weise auf. Auch die zwei sich scharf gegenüberstehenden Ansichten, ob man nach dem Wahlergebnis vom 6. Juni in Württemberg in der Regierung bleiben solle oder nicht, wurde in musterwürdiger, kompromißlosischer und die gegenteiligen Meinungen durchaus behandelnder Art erörtert. Schon das Referat des Genossen Reil bemühte sich in voller Objektivität, die Sachlage klarzustellen und die Gründe für die beiden sich entgegengesetzten Folgerungen darzulegen. Mit 66 gegen 27 Stimmen entschied, wie schon gemeldet, die Landeskonferenz, jetzt unter keinen Umständen an der Regierungsbildung teilzunehmen.

In dem ohne jeden Vorbehalt die Beschlüsse der Landeskonferenz anerkennenden Schlußwort des Genossen Reil wurde der gute Geist der Partei, die sachliche Form der Diskussion, das Festhalten jeder persönlichen Berechtigung und die guten Aussichten für die Zukunft unserer Partei betont. Reil erklärte, daß jeder Redner, welcher Auffassung er auch war, Verständnis für die von einem Standpunkt der anderen hatte. Sehr beifällig wurden auch die Worte Reils von der Verjämmerung begleitet, mit denen er den abgetriebenen sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung den wärmsten Dank der Parteigenossen ausdrückte. Er wies auf die Opfer hin, die sie gebracht hatten, als sie ihre bürgerliche Existenz aufgaben, um sich für kurze Zeit in den Dienst des Landes zu stellen, er wies auf die großen persönlichen Gefahren und Schwierigkeiten hin, mit denen sie häufig ihre amtliche Tätigkeit verknüpfte war. Er kennzeichnete auch klar die Aufgaben der Opposition, in der jetzt die Sozialdemokratie im Lande Württemberg wirken müssen.

Die Beschlüsse der Landeskonferenz schaffen eine neue politische Lage im Lande. Am Dienstag wird der Landtag zusammenzutreten. Demokraten und Zentrum hatten der Sozialdemokratischen Partei trotz ihres sehr großen Verlustes an Mandaten sehr lebhaft nahegelegt, in der Koalition zu bleiben, in ihr mit ebensoviel Ministern vertreten zu sein, wie die weit stärkere Zentrumspartei und die demokratische Partei. Diese beiden Parteien erklärten auch, unseren Genossen Bloß als Staatspräsidenten befehlen zu wollen. Die Ablehnung der Sozialdemokratischen Partei, die alte Koalition weiter bestehen zu lassen, wird den bürgerlichen Parteien viele Sorgen bereiten. Unsere Partei zieht folgerichtig das Ergebnis aus dem Wahlergebnis vom 6. Juni. Für die bürgerlichen Parteien beginnt jetzt in Württemberg schwere Ueberlegungen, wie man eine Regierung bilden soll. Die extremen Rechtsparteien mit ihrem stark agrarischen Einschlag hoffen schon ein direkt konföderales Kabinett bilden zu können. Sie freuen sich lebhaft, daß der Verlust unserer Partei, in der gegenwärtigen schwierigen Lage eine Uebereinstimmung mit den Unabhängigen hinsichtlich der Politik zu finden, vergeblich war. Sie glauben schon, daß ihr Kandidat Kazille Staatspräsident wird. Wie sich das Zentrum zu einer Koalition mit den Rechtsparteien stellen wird, weiß man noch nicht. Die Demokraten dürfen kaum in diese ganz nach rechts gerichtete Koalition geben können. Das Präsidium des Landtags wird wohl dem Zentrum zufallen.

Der Militär-Offizier. In England ist jetzt der Kampf gegen die Verschwendung, die in den Regierungskreisen herrscht, an der Tagesordnung. Einen Beitrag dazu bietet ein Offizier der britischen Besatzungsarmee am Rhein, indem er von den dortigen Verhältnissen erzählt. „Ich glaube“, so schreibt er, „dass der Höhepunkt von all den Orgien der Miswirtschaft bei der Rheinarmee erreicht wird, von der ich eben zurückgekehrt bin. Ranken, Feld, Rohrn und Ausrüstung werden hier in einer Weise vergeudet, die jedes Privatunternehmen zum sofortigen Ruin bringen würde. Kein Offizier hat ein „Sinecure“, in die sich Offiziere aller Ränge, vom Obersten an, teilen. Ich hatte auch so einen Posten. Ich verdiente im Jahr gegen 600 Pfund. Da ich für meine Arbeit, die mich selbst nicht ausfüllte, noch viel zu viel Hilfskräfte hatte, so hat ich darum, mein Bureau zu verkleinern. Es wurde sofort vergrößert, und ich erhielt noch eine Reihe neuer Kräfte, die auch nichts zu tun hatten. . . . Hoffentlich ist es sehr wichtig, daß die Offiziersdamen in Köln pünktlich ihre Morgenmisch erhalten. Aber ich meine, es wäre doch nicht unbedingt notwendig, daß mit der Ausgabe der Militärarten ein Mann mit dem Rang und dem Gehalt eines Hauptmanns betraut wird, der nichts anderes zu tun hat. Die Militärverwaltung denkt anders, und als ich einmal über diesen „Militärarten-Offizier“ sprach, erhielt ich die Antwort: „Wir mußten dem Mann eine Beschäftigung geben.“

Die Sache ist ja sehr lustig, und man könnte seine Sentenzen darüber haben, daß der Militarismus überall das gleiche zu Wege bringt — wenn diese Schandwirtschaft nicht auf Kosten des deutschen Volkes getrieben würde. Wir müssen durch unsere Hunger diese Porzellan füttern.

Sommerrober in der Volkshöhle. In der Volkshöhle gelangen unter der Direktion Heinrich Reil in der Sommerpause zur Aufführung: „Der Herr von der Gasse“, „Die Hedermaus“ von Johann Strauß, „Der Kuckuck“ von Wilhelm Kienl, „Sinecure“ von Franz Lehár. Mitglieder der Volkshöhle und den mit ihnen in Verbindung stehenden Organisationen werden hierzu Eintrittskarten zu gleichen Bedingungen zur Verfügung wie zu allen Sondersaufführungen des Verbandes.

Ganz Mühlhauer (Selbst mit Blau) dieser Spielzeit aus dem Repertoire der Staatstheater aus.

Müllhauer. Freitag, 7. Uhr. Neue Welt, Konzert des Mühlhauer Orchesters mit dem Organisten, Bernhard Weber-Dürrsch. Karten zu 2,75 RM. im „Reinhardt“, Lindenstr. 2 und an der Abendkasse. — Die Reichsbereinigende ehemalige Kriegsgelangener veranstaltet zugunsten des „Schillerjubiläum“ eine Matinee am Sonntag, dem 27. Juni, nachmittags 11 Uhr, im Neuen Rathaus zu Schönbach.

Am der Volkshöhle Groß-Berlin. In der Volkshöhle gelangen unter der Direktion Heinrich Reil in der Sommerpause zur Aufführung: Die Hedermaus von Johann Strauß, Der Kuckuck von Wilhelm Kienl, Sinecure von Franz Lehár. Mitglieder der Volkshöhle und den mit ihnen in Verbindung stehenden Organisationen werden hierzu Eintrittskarten zu gleichen Bedingungen zur Verfügung wie zu allen Sondersaufführungen des Verbandes.

Der zweite allgemeine Studententag, der wieder die Reformfragen deutscher Hochschulen erörtern wird, findet vom 23. bis 27. Juni in Göttingen statt. Auch das Thema „Student und Politik“, das jetzt eifrig erörtert wird, steht auf der Tagesordnung.

Traumwandel.

Von Hans Bauer.

Das einmal auf, lieber Leser, ich muß dir einmal eine hübsche Geschichte erzählen, zu der du freilich nicht gleich die rechte Einstellung nehmen wirst. Aber sei's schon drum.

Wie da hatte ich einmal einen Bekannten, mit dem ich mich über allerlei unterhielt, und wie wir so sprachen, giht das Gespräch auch auf Sonnabend, Sonntag, und Ähnliches, und dann kamen wir auch auf das Traumwandel zu sprechen. Da erzählte ich von einem Junggesellen, der in meinem Hause gewohnt hatte und der nachwandel geworden war. Lange Zeit hatte das, da er allein in seiner Kammer schlief, gar niemand gewußt. Aber eines Nachts hatten Nachbarkinder doch durch Zufall davon gemerkt. Am nächsten Morgen berichteten sie dem Junggesellen ihre Beobachtung. Der Junggeselle aber nannte das eine Fabel, die man ihm aufzählen mochte, frante, ob denn heute 1. April sei und man durch nichts davon zu überzeugen, daß er ein Nachwandler sei. Davon müsse er doch selbst am besten wissen, wenn es wirklich wahr wäre, logte er.

Aber das sei ja eben das Wesen des Nachwandlers, daß man nichts davon wisse, antwortete man ihm. Denn während des Wandels befindet man sich in festem Schlafzustand und nach dem Wachen, nun da sei eben dieses Wandel vorbei. Selbst merke man dieses Wandel nie. Außer im Falle des Abwaches.

„Ein so dumme Redel aber auch“, worte da mein Bekannter ein.

„So ist's schon richtig, sich nicht überzeugen lassen wollen!“

„Ja, sich nicht überzeugen lassen wollen und niemals Zweifel hegen! Also kurzum: der Junggeselle lachte die Leute einfach aus und blieb dabei, daß man sich entweder einen Scherz mit ihm erlaube oder daß man einer Täuschung verfallen sei.“

Man hat ihn, doch eine Wasserwanne vor sein Bett zu stellen. Dann werde er es schon merken, wenn er aus dem Bette steige.

Er sei doch nicht verrückt, erwiderte da der Junggeselle, und nunmehr beizite er sich, mit ihm seinen Scherz zu treiben.

„So ein Unbelehrbarer!“ entrüstete sich mein Bekannter. „Und was gelang schließlich mit ihm?“

„Was mit Nachwandlern meistens geschieht: eines Morgens fand man ihn, nur mit einem Hemd bekleidet, mit geschmetterten Gliedern auf dem Hofe liegen.“

Mein Bekannter sagte: „Et, ei, ei, ei!“ So ein fahrlässiger, so ein unvorsichtiger Mensch wie dieser gewesen ist!“

Da frante ich plötzlich unvermittelt: „Und wenn ich Ihnen nun auf den Kopf zukäme: auch Sie traumwandelnd?“

Mein Bekannter guckte mich mit erkannt tollenden Augen an.

„Also, man läßt sich schon etwas gefallen, und Ihre Geschichten war ganz lehrreich, aber bin ich denn jener Junggeselle? Ich frage Sie: Bin ich das?“

„Ja, mein Lieber: das behaupte ich allerdings! Auch Sie so! Ich will Ihnen helfen, damit Sie erwachen beim Austrreten aus dem Bett. Auch Sie sollen.“

„Aber da muß ich mir nun doch verbitten, mich mit jenem zu identifizieren. Der Unterschied zwischen jenem und mir liegt doch

wohl auf der Hand: jener nachwandelte wirklich und mit finnen Sie das nur an.“

„Auch du nachwandelst, lieber Leser! Wirklich! Ja! Glaub's nur! Ich behaupte es! Wie? Verloben! Ach was: kein Ding!“

„Es ist mir blutig ernst darum. Wie? Das müßtest du doch schon.“

„Ja, aber davon war ja schon eben die Rede, daß das Wesen des Traumwandlers ist: man merkt nichts davon! Glaub's nur! Und zum mindesten: was kann es schaden, wenn du Jovinschiden in deinem Zimmer spannst, deren Zustand die am nächsten Morgen sagst, ob du das Bett verließest; wenn du deine Tür nochmal abriegelst und den Schlüssel abgibst und wenn du das Fenster mit Brettern verlegest? Tu's! Es kann nie, nie schaden! Vorsicht! Vorsicht! Vorsicht! Wie, du lachst mich aus?“

„Ja, dann meinestwegen. Aber wenn Horth eine Hölle in Deutschland errichtet hat: dann ist es zu spät. — Ach sooo?“

Jawohl: ach so, du alleinschlafender Junggeselle.“

Wohlwahr als Gemütskranke und Thaterverbauer, aus Düsseldorf wird geschrieben: Freilich können wirchen aberorix aus dem Boden, es wäre deshalb nicht besonders erwähnenswert, daß sich eine solche Bühne auch am südlichen Ende Düsseldorf angeht hat, wenn nicht ganz besondere Umstände besondere Beachtung verdienen. Die Bühne ist nämlich nur von Volksschülern angelegt und aufgebaut und dazu an einem Platz, der bis zum Jahre 1914 Schutt und Geröll war. Um zu beweisen, daß man mit Fleiß und Ausdauer aus Wüsten Eilande machen kann, hat Rektor Steinmeyer mit seinen Schülern von der Rabener Schule angefangen zu arbeiten. Der Boden wurde umgegraben, gedüngt, befestigt und gepflegt, und nun sind nach Jahren harter Arbeit Reiten der Erde gekommen. Die Schüler, die tapfer mitgeschaffen haben, haben dafür Gutscheine bekommen und erhalten nun als Lohn Gemüse und Obst. Und mitten in dieses etwa ein Hektar große Stück Kultur hat man eine Reithöhle eingebaut, auf der die Schauspieler des Schauspielhauses an einem Sonntagnachmittag vor empfänglichen Zuschauern Gehls „Güges und sein Rina“ spielten. Das Ergebnis: Der Dürstmarke braucht keine Kulissen und keine Dekorationen, sein Wort wickelt sich allein in die Herzen, seine Gedanken wuchern sich ins Hirn, er selbst ist das Ereignis.

Einmalig neue Farbenlehre, das Bewundernswerte Ergebnis der „Kriegsarbeit“ des großen Naturforschers, war kürzlich der Gegenstand der Sitzung der physikalischen Gesellschaft, vor der der Redner selbst seine fast aberschöpfende Aufschauung vortrug. Leben wir, daß Nachdenkliche auf jeden Menschen in unaufhaltsamer Folge einströmen, so begreifen wir, wie wichtig es ist, diese Eindrücke möglichst harmonisch zu gestalten. Und harmonisch ist gleichmäßig. Es ist Einmalig Hoffnung, daß mit Hilfe von Farbennormen — Einzelheiten können wir hier nicht erzählen — eine neue Kunst, eine neue Klängefindung ermöglicht werde, entsprechend den unterschiedlichen Werken unserer Tonsetzer, die aus den 12 Tönen der 7 Klaven erschaffen sind. Darum sei der große Kreis derer, die sich mit der Herstellung und Verwendung der Farben befassen, nachdrücklich auf die ausführenderen Darstellungen Einmalig hingewiesen, von denen hier die bei Reclam (Nr. 6041 bis 6044) erschienene „Einführung“ empfohlen sei.

J. H.

Groß-Berlin

Kabinett Fehrenbach.

Gott sei gelobt! Die Blähung drohte fast Michels Unterleib zu sprengen. Kein Kabinett. . . Die Winde drängen. . . Weinahe kam der Herr zu Tode.

Er stürzt wie sinnlos auf die Mündung. Zwei Jahre Angst sind im Verfluchten. Herr Fehrenbachs Moralgeschichten versprechen ihm — hm, hm! — Befundung.

Ein Tröpflein an der Nasenspitze, hört er das alte traute Prahlen. Im holden Dufte von dünnemosen verträumt er still auf seinem Stuhl.

Der Abgrund gähnt. Hast du verwundet? Nun ruhe sanft, du doose Seele. . . Kann, daß ich deine Tage zähle, tut's einen Bums — und du liegst unten!

Paulsen.

Der gewisse Herr Krause.

Es war ein gewisser Herr Krause. Wie, der Name kommt Ihnen bekannt vor? Nein, der ist es nicht. Bleiben wir bei der Sache.

Er stand auf dem Hinterbalkon der Linie 114. Von seinem Kenneren brauche ich nicht zu reden. Apoll ist anderes. Doch das nebenbei.

Er verlauntharte Politik. An alle. Teufelweise. (Vor Gebrauch kräftig zu schütteln!)

Halleisches Lor. „Ob das vielleicht so weiter gehen könnte?“ Anhalter Bahnhof. „Das war noch schlimmer als früher.“ Potsdamer Platz. „Viel zu lau. Keine Latkraft. Das wollte eine Regierung sein!“

Brandenburger Lor. „Da hilft nichts anderes, als eine harte Gewalt. Anders muß es werden!“

Karlshof. „Quatsch. Vermunft. . .“ Lehrter Bahnhof. „Das konnte so nicht weiter gehen.“

Kriminalgericht. „Tote hat's immer gegeben. Im Kriege hat es viel mehr Tote gegeben.“

Kleiner Tiergarten. „Wie komme ich dazu. Ich denke gar nicht daran. Mögen sie doch sehen, wie sie weiterkommen.“

Schade, daß die 114 auf der Weußelstraße ihre Endstation hat. Es war sehr interessant.

Preisfrage: Welche Ueberzeugung hat Herr Krause und welcher Partei gehört er an. Tausend Preise a eine Mark gegen Voreinsendung des Portos!

Der gewisse Herr Krause darf sich ruhig daran beteiligen. Er wird es selbst nicht wissen. Tröste er sich mit dem Kräftegefühl des Bewußtseins, daß er und seinesgleichen den Erdball bevölkert und an allem Blödsinn schuld ist, der auf dieser gesegneten Kruste sich tut.

a. z.

Wahlkampf-Nachklänge.

Die „geistigen Waffen“ der U. S. P. D.

Man schreibt uns: Da zu den Gemeindevahlen die Wagen der städtischen Straßenbahn wieder mit den Plakaten der U. S. P. D. beziert waren, was ja der „Vorwärts“ in der Sonn-

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Dann spannte sich Jaf selbst vor und probierte die Maschine. Das war gerade der große Augenblick. Deshalb wollte er zuerst im Verborgenen mit der Maschine bleiben und auch sein eigenes Pferd sein.

Denn wie, wen nun die Maschine fassh zu sammengesetzt war und ihre Arbeit nicht verrichtete, sondern mit einem Knall zersprang? Aber das geschah nicht, die Maschine machte Gras. Das würde auch gerade noch fehlen! Jaf hatte hier in tiefes Stadium verunken stundenlang gestanden, die Sonne war in dessen untergegangen. Wieder spannt er sich vor und probiert, die Maschine mäht Gras. Das geht auch gerade noch!

Als gleich nach dem heißen Tag der Tau fiel und die beiden Brüder, jeder mit seiner Sense auf der Wiefe standen, um für den nächsten Tag zu mähen, tauchte Jaf bei den Häusern auf und sagte: „Gängt eure Sensen heut abend nur wieder hinein. Ihr könnt das neue Pferd anschirren und mir hinüber an den Wald kommen.“

Damit ging aber Jaf nicht ins Haus hinein, um sein Abendbrot zu essen, was die andern schon getan hatten, sondern er drehte auf dem Hofplatz gleich wieder um und ging aufs neue dahin, worber er gekommen war.

„Sollen wir den Wagen anspannen?“ rief ihm Sivert nach.

„Nein,“ antwortete der Vater und ging weiter.

Er strökte förmlich von Geheimströmerei und war ganz übermütig, bei jedem Schritt wiegte er sich in den Armen, so nachdrücklich schritt er dahin. Ging es dem Tod und Untergang entgegen, so war er jedenfalls ein mutiger Mann, er irug nichts in den Händen, mit dem er sich hätte verteidigen können.

Die Jungen kamen mit dem Pferd nach, jetzt sahen sie die Maschine, und sie hielten jäh an. Das war die erste Nähmaschine hier im Odland, die erste auch im Dorfe, rot und blau, prachtvoll anzusehen. Der Vater, das Oberhaupt aller, rief gleichgültig und ganz wie sonst: „Kommt her und spannt das Pferd vor diese Nähmaschine!“ — Die Söhne spannten ein.

Dann fuhren sie, der Vater fuhr. Sivert sagte die Maschine und mähte das Gras nieder. Die Söhne hinterher, ohne etwas in den Händen, ohne zu arbeiten, lächelnd. Jetzt hielt der Vater an und sah zurück — na, es könnte besser gemacht sein. Er schraubte an ein paar Stellen, um die Messer näher an den Boden zu legen, und probierte wieder. Nein, so wird ungleich gemacht, uneben gemacht. Die Scheide, an der alle Messer sind, wackelt ein wenig auf und nieder. Vater und Söhne wechselten ein paar Worte. Eleus hat die Gebrauchsanweisung herborgeholt und lest darin.

abendausgabe schon feststellte, so wollte auch ich die Klagen einer weiteren Verschönerung mit den E. S. P. D. Plakaten unterziehen. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Leider hatte ich die Rechnung ohne unsere Klassenossen von links gemacht. Jedes Plakat von unserer Seite wurde abgerissen. Auf den Hinweis, daß die anderen Plakate dann auch entfernt werden müßten, wurde mir prompt erwidert: „Die bleiben bleiben“. Den Höhepunkt bildete aber der Vorgang, welchen ich 8.45 Uhr an der Endstation Buchholz-Kirche mit dem Schaffner des Betriebswagens erlebte. Als ich dort unser Plakat befestigen wollte, stürzte der Schaffner auf mich zu, riß das Plakat ab, und zum Schluß, als ich ihm sagte, daß die Straßenbahn keiner Partei dienstbar sei, drangen Schaffner und Weichensteller drohend auf mich ein. So sehen die geistigen Waffen der U. S. P. D. aus.

Was sagt übrigens die Direktion zu diesem Tun und Treiben?

Einer, dem es keine Partei recht machen konnte, weil er offenbar an einem unergänzlichen Wagen litt, dichtete sich selbst einen Stimmzettel, der in einem Umschlag des 14. Wahlbezirks, Nichtenberg, vorgefunden wurde:

Meine Wahlparole.

Das Wählen ist jetzt eine Pein, wählt rechts man, fällt man gründlich rein. Mit links ist auch nicht viel zu spaßen, Sie verzapfen zu viel Seifenblasen. Mit der Demokratie ist's so ne Sache, Die fallen um beim ersten Krache. Drum kann ich euch nur eines raten Wählt eine Partei, die sorgt für billigen Schweinebraten. Vorbei ist aller Wahlgestank, Und Deutschland wieder über alles prangt.

Wenn es auch nicht schön ist, sich heut so materiell zu gebärden, so reimt es sich doch zur Not.

Der Zuschlag zur Friedensmiete.

Das Ministerium für Volkswirtschaft teilt mit: Nach den Bestimmungen der Höchstmietenanordnung (§ 3) soll das Mietverhältnis in den Fällen, wo der Vermieter den Beweis erbracht hat, daß der für den 1. Juli 1914 vereinbarte Mietzins außerordentlich niedrig gewesen ist, den für den 1. Juli 1914 örtlich niedrigen Mietzins festsetzen. Diese Vorschrift hat den Zweck, unbillige Härten zu vermeiden. Wenn nun noch mehrfachen Meldungen von den Hausbesitzerorganisationen jetzt vielfach der Versuch gemacht wird, auf Grund dieses Paragraphen eine allgemeine Heraussetzung des Mietzinses vom 1. Juli 1914 zu erreichen, so ist darauf hinzuweisen, daß die Anwendung dieser Vorschrift eine Ausnahme bleiben soll. Eine Heraussetzung des Mietzinses vom 1. Juli 1914 soll nur dann erfolgen, wenn der Nachweis erbracht wird, daß der für den 1. Juli 1914 vereinbarte Mietzins außerordentlich niedrig war. Auch muß verlangt werden, daß in den Entscheidungsgründen des Mietverhältnisses das Vorliegen eines außerordentlich niedrigen Mietzinses ab 1. Juli 1914 näher erläutert wird.

Zur Volksabstimmung in Ostpreußen.

Bei der Bezirksstelle Charlottenburg des Bundes Heimatreuer Ostpreußen in Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 82, ist ein großer Teil der Benachrichtigungsschreiben über die Eintragung in der Abstimmungsliste des Gebietsbezirks eingegangen; sie können sofort abgeholt werden, auch von solchen Abstimmungsberechtigten, die sich direkt in Charlottenburg bzw. bei einer anderen als dieser Bezirksstelle gemeldet haben und im Bereich der Bezirksstelle wohnen, wozu Charlottenburg mit Westend und Berlin Westen gehören. Wer bereits im Besitz des Benachrichtigungsschreibens ist, muß sich zum Empfang des Freifahrtcheines an die Zentralstelle in Berlin SW. 11, Dörfelstraße 24, wenden. Eine Zusendung der Benachrichti-

gungsschreiben ist wegen der großen Anzahl der Abstimmungs berechtigten nicht möglich.

Ein geheimnisvoller Scheckswindler wurde bei einer Berlin Großhandl. Eine Fabrik, die bei der Bank ein größeres Kor hatte, erhielt wie üblich regelmäßig die Stoffeinsätze über S und Auszahlungen in gewissen Zeiträumen. Durch den letzten Zug sah sie sich nun auf ihrem Konto mit 200000 Mark lastet, für die es bei ihr selbst an jedem Autweis fehlte. Es reklamierte, aber die Bank verlangte Zahlung, weil alles in Ordnung zu sein schien. Die 200000 M. waren auf einen Scheck l Firma gezahlt worden. Beim Vergleich der Nummern und u haben jedoch ergab sich, daß der Scheck mit der Nummer, auf gezahlt worden war, sich noch im Scheckbuch der Firma befand. l Auseinandersetzungen zwischen der Bank und der Fabrik führte, endlich zu einer Anzeige bei der Kriminalpolizei, und jetzt ergaben die Ermittlungen, daß die Nummer einem alten Scheckbuch entnommen war, das vor einiger Zeit ein früherer Kunde der Bank abgegeben hatte. Durch Majuren und Vergleich war der Scheck mit dem der Fabrik in Nummer und Buchstabe in Einklang gebracht worden. Die Unterschriften waren gut gefälscht, so daß der Scheck an der Kasse der Bank nicht beanstandet werden konnte. Wo das Geld geblieben ist, weiß man noch nicht.

Der Schwindler in Jockyracht, über den wir kürzlich berichteten, konnte jetzt verhaftet werden. Er versproch jungen Burtschen, denen er die Laufbahn eines Jockeys in den glänzendsten Farben schilderte, sie in die Lehre nehmen zu wollen, lockte sie unter dem Vorwande, daß die Fahrt nach dem Rennstall angetreten werden solle, nach dem Bahnhof und beschwand dort mit ihrer ganzen Habe. Der Schwindler entpuppte sich als ein 33 Jahre alter Bau führer Paul Schlang, der unter dem Namen Stallmeister Kastenberger in der Langestraße unangemeldet wohnte. Der Schwindler erinnert sich augenblicklich noch an 18 Fälle, gibt aber zu, daß die Zahl seiner Opfer noch größer sein müsse. Die Betroffenen können sich im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums melden.

Die Obstschubensbücherei erlaubt. Der Berliner Magistrat hat die Obstschubensbücherei freigegeben, allerdings von den Wädern verlangt, daß sie nicht rationiertes Weizen, Roggen oder Gerstemehl verwenden, sondern sich der im freien Handel erhältlichen Mehle bedienen.

Der Steuerzahler bei Handangelegten darf, in Berücksichtigung des Wertpapierswertes, bis zu 20 Proz. des Geldebns betragen.

Die Kriegsfängeneinzelkarte Berlin veranlaßt am Donnerst. 7 Uhr, in der „Philharmonie“ eine Begrüßungsfeier unter Mitwirkung des Philharmonischen Orchesters und weiterer erster Kräfte. Jeder Berliner Kriegsfänger erhält hierzu in der Geschäftsstelle, Schloßplatz 1, 2 Karten und einen Gutschein zum Empfang einer Erinnerungsgabe.

Die Hochgebirge der Erde lautet das Thema des nächstüber. Vortrag, den Herr Prof. D. Bahj an Mittwoch, 7 1/2 Uhr, im großen Saal der Treptow-Sternwarte, hält.

Die Einwohnerwehre als Bürgerrecht.

Die Kapp-Lage hatten bekanntlich auch in Friedenau unheimliche Verwirrung angerichtet, so daß es notwendig war, einen Ausschuß aus der Gemeindeverwaltung heraus mit der Ausführung der Vorkommnisse zu beauftragen. Das Ergebnis der Untersuchungen wurde in der letzten Gemeindevorstandersitzung bekanntgegeben. Obwohl das aus 23 Sitzungen zusammengestellte Protokoll Belastungsmaterial genügend ergab, wußte man auch diesmal wieder — dank der demokratischen Dreifache — die Sache so zu „schönkeln“, daß letzten Endes die Einwohnerwehre noch abendrein durch Beschluß den Dank für ihr tapferes Verhalten einstecken durfte. Ein Mißtrauensvotum, daß die S. P. D. Aktion gegen das Oberhaupt der Gemeinde, Bürgermeister Walger, gestellt hatte, fand natürlich keine Annahme. Wenn Friedenau jemals den Beweis reaktionärer Spießbürgererei geliefert hat, so trat das hier gerade in dieser Sitzung klar zutage. Auf die Anfrage eines Gemeindevorordneten, ob denn auch wirklich alle Waffen beschlagnahmt seien und namentlich auch solche,

61]

„Da steht, daß du dich auf den Sitz setzen sollst, Vater, dann geht die Maschine ruhiger,“ sagt er. — „So,“ versetzte der Vater. „Ja, das weiß ich wohl.“ fügte er hinzu, „ich habe alles genau studiert.“ — Er setzt sich auf den Sitz und fährt wieder, nun geht es ruhig. Aber plötzlich mäht die Maschine nicht mehr, nein, alle Messer stehen auf einmal still. Hol Was nun? Der Vater springt vom Sitz herunter, aber jetzt ist er nicht mehr übermütig, sondern beugt sein kummervolles, fragendes Gesicht über die Maschine. Vater und Söhne starren diese an; etwas ist verkehrt, Eleus hat die Gebrauchsanweisung in der Hand. — „Da liegt ein kleiner Holzkn.“ sagt Sivert, indem er ihn vom Boden aufhebt. — „Ach so, es ist gut, daß du ihn gefunden hast,“ sagt der Vater, als wäre das alles, was er brauchte, um die Maschine wieder in Ordnung zu bringen. — Aber nun konnten sie das Loch nicht finden; wo zum Teufel war das Loch zu dem Holzkn? „Da,“ sagt Eleus und deutet mit dem Finger.

Und jetzt mußte sich Eleus wohl der Sache etwas gewachsen fühlen, seine Fähigkeit, ein Gebrauchsanweisung zu erfordern, war hier unverkennbar; er deutete überflüssig lange auf das Loch und sagte: „Nach der Illustration zu verstehen, muß der Holzkn hier hinein!“ — „Jawohl muß er hier hinein,“ sagte auch der Vater, „da hatte ich ihn ja eingeseht!“ Und um seine Autorität wiederherzustellen, befahl er Sivert, nach noch weiteren Holzkn im Gras zu suchen. „Es muß noch einer da sein,“ sagte er mit ungeheurer wichtiger Miene, wie wenn er alles im Kopf hätte. „Findest du keinen mehr? Na, dann sitzt er wohl noch in fernem Loch!“

Dann wollte der Vater wieder fahren. „Aber das ist falsch!“ ruft Eleus. O, Eleus steht mit der Zeichnung in der Hand, mit dem Geses in der Hand da, ihn darf man nicht auf die Seite schieben. „Diese Feder hier muß auhen sein!“ — „Ja?“ fragt der Vater. — „Jawohl, aber jetzt ist sie unten, du hast sie unten hingeseht. Es ist eine Stahlfeder, die muß auhen sein, sonst springt der Holzkn wieder heraus, und dann stehen alle Messer still. Hier steht es auf der Abbildung!“ — „Ich habe meine Brille nicht bei mir, deshalb kann ich die Zeichnung nicht deutlich sehen,“ sagt der Vater kleinlaut. — „Hier, du hast bessere Augen, schraube du die Feder ein. Aber mach' es nun richtig. Wenn es nicht so weit wäre, würde ich meine Brille holen.“

Jetzt ist alles in Ordnung, und der Vater sitzt auf. Eleus ruft ihm nach: „Und dann mußt du ein bißchen schnell fahren, dann schneiden die Messer besser! Hier steht es!“

Jaf fährt und fährt, und alles geht gut, und Berl sagt die Maschine. Sie hinterläßt einen breiten Weg von gemähtem Gras, in einer schönen Linie liegt es da, fertig zum Ausbreiten. Jetzt kann man Jaf vom Souie aus sehen, und alle Frauengimmer eilen heraus. Jnger trägt die kleine Rebecka auf dem Arm, obgleich die kleine Rebecka längst laufen kann. Aber jetzt kommen sie daher, vier Frauengimmer im ganzen, und sie eilen mit weitauferiffenen Augen zu dem

Wunderwert hin, sie umdrängen es. O, wie mächtig Jaf jetzt ist und richtig stolz; frei auf der Maschine droben sitzt er, im Sonntagsgewand, in vollem Staat, in Rock und Put, obgleich ihm der Schwanz von der Stirne tropft! Er fährt in vier großen Winkeln über ein wassendes Wiesenstück, schwingt um, fährt, mäht, kommt an den Frauen vorbei, die wie aus den Wolken gefallen sind, sie begreifen es nicht, und Bril sagt die Maschine.

Dann hält Jaf an und steigt ab. Seht, er scheint sich gewöhnlich danach zu hören, was die andern nun sagen werden! Er hört leise Ausrufe, die Menschen wollen ihn auf seinem großen Posten nicht stören, aber sie stellen ängstliche Fragen aneinander, und diese Fragen hört Jaf. Und jetzt, um ein freundliches väterliches Oberhaupt für alle zu sein, mumtert Jaf sie auf, indem er sagt: „Ja, ja, ich mache nun dieses Wiesenstück, dann könnt ihr das Heu morgen ausbreiten.“ — „Du hast wohl gar keine Zeit, hereinzukommen und zu essen?“ fragt Jnger übermütig. — „Nein, ich hab' jetzt anderes zu tun,“ erwidert er.

Dann ölt er die Maschine noch einmal und gibt den anderen zu verstehen, daß es sich hier um eigentliche Wissenschaft handle. Dann fährt er wieder und mäht weiter. Schließlich geben die Frauengimmer wieder hinein.

Glücklicher Jaf! Glückliche Menschen auf Sessantoo!

Jaf erwartet sehr bald, die Nachbarn von brunten ankommen zu sehen. Ael Ström hat sehr viel Interesse, er kommt vielleicht schon morgen. Aber Brebe von Breidabild ist in stände und kommt noch heute nacht. Jaf hätte gar nichts dagegen, ihnen die Nähmaschine zu erklären und darzutun, wie gut er sie in allem regieren kann. Er will darauf hinweisen, daß man mit der Sense unmöglich so glatt und gleichmäßig mähen könne. Aber was eine solche erstklassige blau und rote Nähmaschine kostet, das ist auch gar nicht zu sagen!

Glücklicher Jaf!

Wer als er die Maschine zum drittenmal anhält und wieder ölt, fällt ihm wahrhaftig die Brille aus der Tasche. Und das schlimmste ist, daß seine Söhne es gesehen haben. Was eine höhere Macht dabei im Spiel, war es eine Ermahnung, etwas weniger hochmütig zu sein? Er hatte ja schon oft die Brille aufgehört und auch die Gebrauchsanweisung auf dem Seimweg studiert, sie aber eben nicht verstanden, da hatte Eleus eintreten müssen. Ach Gott im Himmel, ja, Kenntnisse sind etwas Gutes! Und um sich selbst zu demütigen, will Jaf es nun aufgeben, Eleus zum Landmann zu machen, er wolle nicht davon reden. Nicht, daß die Jungen aus dem Mißgeschick mit der Brille eine große Sache gemacht hätten; o nein, im Gegenteil, der Spatzvogel Sivert konnte nicht an sich halten, nein, das konnte er nicht, er zupfte Eleus am Kermel und sagte: „Komm, jetzt geben wir hinein und verbrennen unsere Sensen; Vater mäht für uns!“ — Dieser Satz kam im rechten Augenblick.

(Fortf. folgt.)

die der Sicherheit wegen von Privatpersonen aufbewahrt werden... stellte man sich... die Berliner Zentrale der Einwohnerwehr im Friedenauer Rathaus in Gewohrham gegeben hatte.

Der Erfolg des Abends war ein vollkommener. Man bewilligte wahrscheinlich in Freude über den guten Verlauf der vorangehenden Einwohnerwehrdebatte 3000 M. für die Kirchen- und Glocken-Friedensaus, die nun wahrscheinlich beim nächsten Putz-Sturm zu läuten haben werden.

Die Kulkerspeisung in Reulahn wird mit Beginn der großen Ferien allgemein eingeführt, um nach Ablauf derselben gemäß Weisung der Kulkler in etwas geringerer Umlage wieder aufgenommen zu werden.

Am 20. Januar ersuchte Genosse Dr. Quard den Reichsfinanzminister Erzberger, als monatlich die Höhe der schwelenden Schulden und der Einnahmen des Reiches zu veröffentlichen.

Wirtschaft

Geheimnisträgerei.

Am 20. Januar ersuchte Genosse Dr. Quard den Reichsfinanzminister Erzberger, als monatlich die Höhe der schwelenden Schulden und der Einnahmen des Reiches zu veröffentlichen. Das Finanzministerium antwortete zunächst überhaupt nicht. Endlich, am 28. Februar, gab es Bescheid. Was die Veröffentlichung der Einnahmen angeht, so sei „bereits vor einiger Zeit verfügt worden, daß die während der Kriegszeit eingeführte Veröffentlichung durch das Zentralblatt für das Deutsche Reich vom Monat Januar d. J. ab wieder aufgenommen wird.“

Was bedeutet die Reichsregierung zu tun, um diesen einer sachgemäßen Erledigung aller Finanzgesetze höchst schädlichen Zustand zu beseitigen?

Am 13. April kam die Anfrage zur Besprechung. Der Kommissar der Reichsregierung gab folgende Erklärung ab: „Die Reichsregierung ist bereit, monatlich oder für längere Zeitabschnitte Nachrichten über die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben des Reiches zu veröffentlichen.“

Wegen der Schwierigkeit der Abrechnung mit den besetzten Gebieten ist die Zusammenstellung der Rechnungsergebnisse sehr verzögert, so daß einstweilen mit einer verspäteten Bekanntgabe dieser Ergebnisse gerechnet werden muß.

Seitdem sind zwei weitere Monate ins Land gegangen. Aber die schon für Ende März in Aussicht gestellten Nachrichten sind immer noch nicht erschienen. Die Einnahmen des Reiches werden immer noch nicht veröffentlicht. Die letzten Zahlen, die bekanntgegeben worden sind, schließen mit dem 31. März 1919 (I) ab. Diese sinnlose Geheimnisträgerei beschränkt sich aber nicht auf die Finanzen. Auch die Veröffentlichung der Handelsstatistik ruht seit August 1918 und sogar die Kosten der Lebenshaltung, deren regelmäßige Bekanntgabe schon vor Monaten der Nationalversammlung versprochen worden ist, werden immer noch der Öffentlichkeit vorenthalten.

Selbst das noch tiefer wie wir dantiederliegende Deutschland veröffentlichen eine Kuhhandelstatistik. Deshalb ist das bei uns nicht möglich? Im Reichsbankstatus werden bei uns immer noch nicht, wie anderwärts, öffentliche und private Unternehmen, Warenwechsel und Schatzwechsel unterrichtet; das Reichsfinanzministerium teilt noch immer nicht fortlaufend mit, wieviel Schatzanweisungen bei Privatgeldgebern und Banken untergebracht sind. Wem glaubt man eigentlich mit der Zurückhaltung dieser Ziffern etwas vorzutäuschen? Dem Ausland wenigstens nicht. Das findet immer genug Hinterfragen, um sich genauere zu informieren. Aber unsere wirtschaftlichen und Handelskreise müssen weiter im Dunkeln tappen. Das ist nicht nur handelsmäßig, sondern auch in solchen Dingen ist auch allein eines wirklich starken Volkes würdig, kann allein und das so bitter notwendige Vertrauen im Ausland schaffen.“

Die Initiative des Unternehmers. In wie weit die Initiative des Unternehmers in der Schwerindustrie eine besonders wirtschaftliche Bedeutung noch hat,

untersucht Alfons Horten in seiner Schrift „Sozialisierung und Wiederaufbau“ (Verlag: Neues Vaterland, Berlin, Kurfürstenstr. 125), in der er zur folgenden Einteilung kommt:

In entstehenden, schnell wechselnden und deshalb auch nicht lebensnotwendigen Industrien ist die Initiative des Unternehmers (Unternehmer A) notwendig. Sie zu beseitigen wäre ein schwerer Fehler. In lebensnotwendigen Industrien, besonders den Monopolen lebensnotwendiger Produkte, wirkt die Initiative des Unternehmers schädlich, indem der Kapitalist (Unternehmer B) die Initiative des Werkleiters (Unternehmer C) vergiftet, sie lediglich für seinen privaten Gewinn, meist gegen das Allgemeininteresse beeinflusst. Es kommt deshalb darauf an, diese vergiftende Wirkung zu beseitigen, damit die wahre Initiative des Werkleiters (Unternehmer C), die jetzt sogar vielfach dem technischen und sozialen Fortschritt gezwungen entgegenwirken muß und wertvolle Initiativen anderer vernichtet, frei zur vollen Entfaltung und zum erspriehlichen Wirken im Interesse der Allgemeinheit kommt.

Man sieht, daß mit dem Schlagwort von der „Initiative des Unternehmers“ ein unerbliches Taschenspielerstück zu spielen wird, indem, sobald gegen die gemeinschaftlichen Wirkungen des Kapitalisten (Unternehmer B) Vorwürfe erhoben werden, an dessen Stelle der Unternehmer A vorgeschoben wird, dessen unerbliche Verdienste und offensichtliche Unentbehrlichkeit dann dazu dienen müssen, um den schädigenden Einfluß des anderen zu decken und zu entschuldigen.

Jetzt läßt sich der scheinbar unüberbrückbare Gegensatz der Meinungen, der in der Diskussion über Sozialisierung allenthalben hervortritt. Die eine Partei bezeichnet den Unternehmer als unentbehrlich, während die andere Seite in ihm den Ausbeuter und Unterdrücker sieht, der beseitigt werden muß. Unter der gemeinsamen Bezeichnung „Unternehmer“ werden eben hier zwei Subjekte zusammengeworfen, einerseits der Unternehmer A und C, andererseits der Unternehmer B, wie sie wesensverschiedener kaum gefunden werden können.

Keinen kann also nur eins: Die Ausschaltung des privaten Kapitals und des Privatkapitalisten dort, wo sie überflüssig und schädlich sind und in maßloser Proportio die wahre gemeinsame Initiative der Werkleiter (Unternehmer C) vergiften. An ihre Stelle muß in allen lebensnotwendigen Massenproduktionen das öffentliche Kapital treten, wenigstens in folgender Ausmaße, daß dadurch die schädlichen Wirkungen des Privatkapitals mit Sicherheit verhindert werden.

Kohlensteigerung. In letzter Zeit mehren sich Kohlenangebote an deutsche Industrie, vor denen gewarnt werden muß. Diese Angebote gehen mittelbar oder unmittelbar von feindlichen Persönlichkeiten, die sich zum Teil offizielle Eigenschaften bellegen, und von Neutralen und Einheimischen aus, die offenbar mit den ersehnten Zusammenarbeiten. Die wucherischen Preise, die für diese Kohlen verlangt werden, werden teils damit begründet, daß es sich um Depuatkohle, teils damit, daß es sich um von unseren früheren Feinden nach Deutschland zurückverkaufte Wiedergutmachungskohle handele, eine Behauptung, die den Stempel der Unrichtigkeit auf der Stirne trägt. Ferner wird von den fraglichen Agenten behauptet, daß mit diesen Geschäften der R. R. A. und das Kohlenhandels in Essen einverstanden seien, eine Behauptung, die, wie wir von zutreffender Seite erfahren, völlig der Luft gegriffen ist. Die Begleitumstände der ganzen Vorgänge lassen darauf schließen, daß es sich bei all diesen Angeboten entweder um eine groß angelegte Schiebung oder um einen Akt privater Handelsplouge handelt; in beiden Fällen werden die unvorsichtigen Verbraucher, die sich auf diese fragwürdigen Angebote einlassen, Gefahr laufen, nicht nur gegen die geltenden gesetzlichen Vorschriften zu verstoßen, sondern auch geschäftlich empfindlichen Schaden zu erleiden.

Ausdehnung des Stummkonzerns. Die Firma Gebr. Stumm hat durch Ankauf von Aktien maßgebenden Einfluß auf die Deutsche Lastautomobil A. G. in Ratingen genommen.

Spiritus aus Rohle und Raff. Zur Ausnutzung eines neuen Verfahrens, monach aus Rohle und Raff Spiritus gewonnen wird, gründen gegenwärtig Sächsische Industrielle in Belgern bei Torgau mit 12 Mill. M. Aktienkapital eine neue Aktien-Gesellschaft.

Zusammenlegung von Brauereibetrieben in Baden. Infolge der außerordentlich ungünstigen Verhältnisse in der badischen Brauindustrie haben die beiden größten Karlsruher Brauereien Prinz und Schreypp beschlossen, ihre Betriebe zusammenzulegen.

Aus aller Welt.

Die Wohnungsnot in Thüringen.

Weimar, 21. Juni. (L.-M.) Nach einer vom sachsen-weimari-schen Staatsministerium aufgestellten Statistik fehlen in Sachsen-Weimar-Eisenach 8500 und in ganz Thüringen 14.000 Wohnungen. Die Baukosten für die erforderlichen Neubauten würden sich für Sachsen-Weimar auf 70 Millionen Mark und für Thüringen auf 280 Millionen Mark stellen. Die mit 14 Proz. vorgeschlagene Mietssteuer würde für Sachsen-Weimar 25 Millionen Mark und für Thüringen 100 Millionen Mark ergeben. Daraus ist zu ersehen, daß ohne die Aufnahme einer Anleihe die Wohnungsnot nicht beseitigt werden kann.

Schieber untereinander. Das Frankfurter Schourgericht verurteilte den Dreher Otto Stolle als Kellnerbach a. M. wegen Tobtschlages zu 4 1/2 Jahren Zuchthaus. Stolle war bei Schiedungen mit Kollin, das in Wirklichkeit nur Salz war, von einem Beamten der Bundesstelle überführt worden und hatte, als er verhaftet werden sollte, den Beamten erschossen. Bei der Gerichtsverhandlung stellte sich heraus, daß der Beamte selbst seine Stellung als Beamter der Bundesstelle mißbraucht hatte, indem er Schiedungen großen Umfanges getrieben hatte.

Hoffmanns rote Sänger. In einem Turhaver Bericht des „Hamburger Echo“ lesen wir: Der Bildungsausschuß des hiesigen Gewerkschaftsartells hatte einen Unterhaltungsabend für letzten Donnerstag angelegt, und man muß unverblümt sagen, daß der größte Teil der Arbeiterchaft auf diese „Künstlerchor“ glänzend hineingefallen ist. Sämtliche Vorträge waren geradezu jammervoll, geistlich sowohl wie die sogenannten Regitationen des Herrn Erich Hoffmann (Sohn des H. E. B. Abgeordneten Hoffmann-Berlin). Einige „Weißbühne“ ließ Herr Hoffmann los, die einestells das Volk zur Einheit mahnten, anderentells wurden die jetzigen führenden Männer, wie z. B. Reichspräsident Ebert, in der gemeinen Weise durch den Dreck gezogen, indem er Ebert und Koole verächtlich, daß sie auf ihren Posten sich nur die Taschen auf unerbliche Art füllten. Natürlich mußte Koole wieder höchst herhalten. Der größte Teil der Zuhörer verließ dann auch den

Soal und verzichtete auf die weiteren Nummern des „Künstlerprogramm“. Die möchten unsere Mitglieder vor dieser „Künstlertruppe“ dringend warnen, denn soviel und bekannt, reißt sie in der Umgegend von Kartell zu Kartell. Es war ein reines Raschennenprogramm, das man vernünftigen Arbeitern nicht vorsetzen darf. Sie ist von hier nach Kiel gefahren.

Kulturbringer. Wie die „Schlesische Zeitung“ berichtet, sind Donnerstagabend in Gleibitz sieben fremde Offiziere nach Schluß der Polizeistunde in das Viktoria-Café eingedrungen und haben es erst um 12 1/2 Uhr verlassen. Beim Verlassen des Lokals zogen sie den Oberkellner auf die Terasse hinaus und verletzten ihn Schläge ins Gesicht und Tritte gegen den rechten Oberschenkel. Hierbei äußerten sie: Ihr deutschen Schweine, vor Euch haben wir keine Angst. Morgen kommen wir nochmals her und haufen das ganze Lokal koputt.

Geschwister als Mörder. Das Schwurgericht Danzig verurteilte die Geschwister Bernhard und Hedwig P s u d r o w s k i aus Danzig zum Tode. Das Geschwisterpaar hatte am 9. April in Danzig einen Danziger Bankbeamten und seine Frau in die Wohnung gelockt, dort erschossen und beraubt, dann verpackt, schließlich auf einem Wagen transportiert und im Oliva-Gelände an einem Bahndamm versteckt.

Die Kattowitzer Untertafel. Stadtschreiber Kaschjancik ist in Kattowitz eingetroffen. Er bestreitet, geschoben zu haben.

Die Zeitung als Waldwüter. Was die Natur in 400 Jahren hat wachsen lassen, verbraucht eine Zeitung von 100.000 Exemplaren in acht Tagen. Diese erstaunliche Berechnung wird in einem Beitrag des St. Hubertus aufgestellt. Um einen Doppelzentner Papier herstellen zu können, braucht man nämlich ungefähr 62 1/2 Millionen Holzstoff. Aus einem Kubikmeter Holz werden 10 Doppelzentner Holzstoff gewonnen. Jede Zeitungsummer, die in einer Auflage von 100.000 Exemplaren erscheint, kostet täglich das Holz, das in einem Jahr auf einem Hektar wächst. Eine der größten Tannen des Fichtelgebirges befindet sich in Warmensteinach; sie ist 30 Meter hoch und hat einen Umfang von 5 Metern. Um sie zu umschreiten, braucht man 36 Schritte, und in einer Höhe von 1 Meter hat sie einen Umfang von 4 1/2 Metern. Diese Nadeln sind die 400 Jahre alt ist, hat eine Stammholzmasse von 32 Kubikmetern, würde also 320 Doppelzentner Holzstoff liefern. Diese Menge aber verbraucht eine Zeitung von 100.000 Exemplaren in acht Tagen zur Fabrikation ihres Druckpapiers, und so verschlingt sie also in acht Tagen, was die Natur in 400 Jahren hervorgebracht hat. Von jeder Zeitung mit respektablem Verbreitung wird sich danach, zumal bei jahrelangem Bestehen, sagen lassen, daß sie ganze Wälder aufgefressen habe.

Eine neuentdeckte Rieseneidechse. Die paläontologische Forstberarbeit, die in den Vereinigten Staaten während der letzten Jahrzehnte so erstaunliche Erfolge erzielt hat, wird noch immer fortgesetzt und unsere Kenntnis von der Fauna der Vorwelt weiter bereichert. Wie im „Prometheus“ berichtet wird, wurde vor kurzem in einem Berglager in Texas eine Eidechse von bedeutender Größe gefunden, die besonderes Interesse erregt. Das gut erhaltene Skelett hat eine Rekonstruktion des ganzen Tieres, das den Namen Diometrodon gigas erhielt, möglich gemacht. Diese fossile Rieseneidechse war ein Wesen von ganz eigenartigem Aussehen und unterschied sich sehr stark von den jetzt lebenden Eidechsen. Sie besaß einen sehr hohen Rückenlamm, der durch Verlängerung der Hals- und Rückenwirbel gebildet wird. Der höchste Teil dieses Rückenlammes maß ungefähr 8 Fuß, während die Länge des Diometrodons etwa 7 Fuß betrug. Das Tier, das sehr beweglich war, hatte noch seinen scharf gebogenen Zähnen und starken Klauen einen ausgesprochenen Raubtiercharakter. Es muß vortrefflich imstande gewesen sein, seine Beute zu ergreifen und zu zerreißen.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Freitag, 22. Juni:

Achtung, Genossen und Genossinnen! Nachm. 5 1/2 Uhr im Rolenthafer Hof, Rolenthafer Str. 11/12, Versammlung der Schulreformer. Genosse Robert Seidel aus Zurich (Reichsschulkonferenz) spricht über das sozialdemokratische Schulideal. Die Elternbeiträge werden hierdurch eingeleitet. 21. Abt. Gruppe 3. 8 Uhr Sitzung der Funktionäre, Vertrauensleute, Elternbeiträge bei Köhler, Erheben der monatlichen Beiträge. — Donnerstagabend 7 Uhr Jahlabend bei Schwabers. Jungsozialistische Vereingung. Ortsgruppe Vichtenderg. 7 1/2 Uhr bei Eichenh. Simplonstr. 42, Vorlesung aus Danton. — Kreisgruppe Tempelhof. 7 1/2 Uhr in Puffel Sängerklein, Werder, Ude Kaiser-Wilhelm-Str. 6, Grosse-Abend.

Morgen, 23. Juni:

10. Abt. 7 Uhr bei Kap. Reichenberger Str. 96; Köster Straße 86; Hebelstr. Reichenberger Straße 127; Bary, Lauffer Str. 60. 13. Abt. 7 Uhr Jahlabend in folgenden Lokalen: Steinf. Rüttenstr. 115; Westpholstr. Brandenburgstr. 64; Koneleit, Wagnersstr. 184; Stein, Sulower Str. 1. 19. Abt. Mitgliederversammlung 7 Uhr in der Schulaula, Rigart Straße 60/61. Tagesordnung. Die Lehren der beiden letzten Wahlen und unsere weitere Agitation. 24. Abt. Jahlabend in den bekannten Lokalen. 28. Abt. in den bekannten Bezirkslokalen. 29. Abt. Mitgliederversammlung in der Schulaula Danziger Str. 28. Referat über die politische Lage (Rückblick auf die Reichstagswahlen). 32. Abt. 7 1/2 Uhr in den Lokalen Bleifin, Stargarder Str. 3, Ref. Gen. Lucas; Kallatstr. 7; Kallat, Kleinstr. 45. 34. Abt. bei Goldbach, Bismarckstr. 7; Dligo, Straßander Str. 11; Dpt. Bernauer Str. 13; Grollsch, Gartenstr. 46. 36. Abt. 7 1/2 Uhr Jahlabend in den bekannten Lokalen. 37. Abt. 7 1/2 Uhr in den folgenden Lokalen: Die Bezirke 727, 728, 733, 734 und 735 bei Schreiber, Verleberger Str. 53; 729, 730, 731 und 732 bei Thammer, Rathenower Str. 74; 736, 737, 738, 739 bei G. Roger, Leichter Str. 19/19. 43. Abt. bei Behrend, Tegeler Straße 22; Behnemer, Leichter Str. 40; Dofa, Nordhafen 6. 47. Abt. bei Gentel, Uckerstr. 10; Diener, Buchstr. 6. Rosenhof. 7 1/2 Uhr im Lokal von Petran: Wichtige Besprechung mit den Eltern schulpflichtiger Kinder.

Briefkasten der Redaktion.

Jeden für den Briefkasten bestimmten Entrags solle man einen Dankschreiben und eine Nummer der „Schlesische Wochenschrift“ nicht verpassen. Gütige Anfragen lange man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, I. Hof parterre links, var. Schriftst. und Beiträge sind miszubringen. B. 52. Preis Offendbühnen erhalten nur Kinder, die vom Jugendamt der Stadt oder einer anderen amtlichen Stelle zur Erholung geschickt werden. — B. 5. 15. Der Vorliegende des Arbeiter-Klubs - Bundes, M. C. Kellmeier, SO. 29, Raundstraße 2 gibt nähere Auskunft. — M. G. Wie hoch die Gehälter sind, erfahren Sie beim Angestelltenverband des Buch- und Zeitungsgewerbes, Berlin, Altkönigsstr. 103 bis 104.

Wetterbericht bis Mittwoch mittag. Reich behält, etwas kühler. Im Binnenlande Schöner, an der Küste härtere Regenfälle mit einzelnen Gewittern bei mäßigen westlichen Winden, später aufläuternd.

Spezial-Arzt

für Haut- u. alle Harnleiden,
Harn- und Blutuntersuchungen.

Dr. med. Karl Reinhardt,
Potsdamer Straße 117,
an der Lützowstraße.

Sprechstunden: 12-2, 1/2-1, 11-1 Uhr.
Auklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren in versch. Kuvert geg. Einsend. v. 2.-M. portofrei.

Damenhüte

werden nach d. neuesten Formen ungeteilt.

Herrenhüte reparaturen
in altbekannter erstklassiger Ausführung.

Hutfabrik
W. C. Sange,
Elsasser Straße 64,
Nähe d. Friedrichstr.

Deutsch. u. franz. Cognac-Verschnitt

sowie Weinbrand-Verschnitt

in nur la. Qualitäten in 1/2-Ltr.-Flaschen, versteuert, hat laufend zu den billigsten Tagespreisen abzugeben

Gebrüder Hoff, Spirituosen
Teleph.: Moritupl. 5512 Berlin SW 61, Planauer 12.

Spezialarzt Zähne

Dr. med. Koeben
für Zahn-, Harn-, Frauenleiden, Schwach, Bakterienbehandlung, schnell, sicher u. schmerzlos, ohne Berufsstörung. Blutunter-suchung, Fäden, Harn usw.

Friedrichstr. 61, gegenüb. Panoptik.
Königsstr. 66-67, gegenüb. Rathaus.
Spr. 10-1, 4-1/2, Sonn. 10-11
Teilh. Separ. Damenzim.

Pianos

Stutzflügel, Harmonien jeder Holz- u. Stiltart. Kunstspielapparate. Notenrollen. Gebrauchsinstrumente, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Aufarbeitungen, Reparaturen und Stimmungen.

Max Adam, Münzstraße 16.

Große Preisermäßigungen in Schuhwaren

bei der städt. Bekleidungsstelle in Neukölln, Bergstr. 29

Damenstiefel
moderne Fassons, extra gute
Roßchevreau- u. Rindledersorten
106,- Mark

Herrenstiefel
gediegene Arbeit
115,- Mark
In Rindbox, kurze moderne Form

Kinderstiefel
bequeme Form, dauerhafte
Qualität
44,- Mark

Am Sonnabend, den 19. Juni, mittags 1 1/2 Uhr
entschlief sanft nach langem schwerem Leiden
mein lieber Mann, unser herzensguter Vater und
Großvater, der Gewerkschaftssekretär
Fritz Wappler
im 62. Lebensjahr, 1466b
in tiefer Trauer
Auguste Wappler, geb. Janz,
Ww. Maria Radicke, geb. Wappler u. Enkelkinder.
Neukölln, Birkenerstr. 24a.
Die Einäscherung findet am 24. Juni 1920,
nachmittags 3 1/2 Uhr, im Krematorium, Baum-
schuleweg, Kiehlholzstraße, statt.

Von der Reise zurück (62/17)
Dr. Julian Nathanblut.
Spezialarzt
Haut-, Hals-, Frauenleiden, Sal-
varsan-Kuren, Blutuntersuch.,
Mannschwäche, Ausschlag,
Höhensonnen-Beirahlung.
Heilanst. Dr. med. Lommer,
Sprechz. 10-1, 4-7 1/2, Sg. 10-12.
Braunestr. 105 (Rosenthaler
Platz).

Spezialarzt
Dr. med. Hasché
Friedrichstr. 90, direkt am
Hauptbahnhof.
Haut-, Hals-, Frauenleiden
Spre. 10-1, 5-8, Sonnt. 11-1.
Kostenl. Berat. Beq. Zahlung.

Konkurrenzlos!
Nur an Wiederverkäufer.
Routinen, Vereine usw.
**Lefer, macht eure Kaufstätten
auf diese Annonce aufmerksam!**

Zigarren
in Karton, Kleinverkaufpreis 65 Pf., verkauft 30, 50, 25
in Zehntel Holz, Kleinverkaufpreis 30 Pf., 50, 25
in Ganzpackung Holz, Kleinverkaufpreis 30 Pf., 50, 25
— nur bei Abnahme von 500 Stück.
Ware ist erstklassiges Fabrikat. Bei Nichtgefallen Retou-
rnierung gestattet. Rücknahmepfand, Verpackung und
Porto zu Selbstkosten. Nur Käufer, die Dauerabnahme
wünschen, wollen sofort Bestellung aufgeben bei
Firma S. Schweizer,
Berlinschloß von Tabakfabrikanten,
Fresburg i. S., Rheinstr. 68, En. Gros.
Zigaretten. 7810
Sämtliche erstklassigen Marken zu Originalfabrikpreisen,
wie Manoli, Bolibar, Wanda usw. 50, 40, 50 Pf. - Packung.

Reinmachemaschinen
Wäschmaschinen, Strickmaschinen,
Tage- u. Handweber, usw.,
auch mit Bezug, zu sehr im
Arbeitsabwies der Stadt Ber-
lin, Rüderte 9, Tel. 8736 (3-3).

Pumper
für Gießlampefabrikation, der
vorwärts kommen will, als
Bizemeister
geholt. Off. unt. B. N. A. 2426
an Ala-Nassenstein & Vogler,
W. 95, Bismarckstr. 24, 188/4

Pluschreibung.
Bei der Stadterhaltung **Dortrop** (72000 Einwohner)
und folgt zu belegen die Stelle
eines befähigten Beigeordneten
und die Stelle
eines juristischen Hilfsarbeiters.
Der juristische Hilfsarbeiter wird im Anschluß an
die städtische Verwaltung im städtischen Amt für
den 1. April 1920 ab 10 Gehalt werden, wie es Beigeordnete gleich-
zeitig im städtischen Amt beziehen. Die Bewerber um
die Beigeordnetenstelle müssen die Befähigung zum Richteramt
besitzen. Bewerber um die Stelle des Beigeordneten müssen
über die Befähigung verfügen und Erfahrung im Gemeindeverwal-
tungsamt besitzen. Für die Stelle des juristischen Hilfsarbeiters
ist ein Bewerber bevorzugt, der der mehrsprachigen
Sprache mächtig ist.
Der juristische Hilfsarbeiter wird zur Fortsetzung des ge-
nannten Amtes Bürgermeisters auf mindestens sechs Monate
geholt. Gehalt monatlich 1500 RM.
Bewerbungen unter Beifügung eines Lebenslaufes, eines
Fotobildes und von Zeugnisabschriften werden bis spätestens
10. Juli an die Unterzeichneten erbeten. 7800
Dortrop, 18. Juni 1920.
Der Erste Bürgermeister.
Dr. Bauer.

ParteiSekretär.
Besitzverband Groß-Industrien. Für den Unter-
richtlichen Teil sind aus den Wahlkreisen **Wien**,
Wien, mit dem Ziel im **Wien**, wird zum sofortigen
Zeit ein Sekretär gesucht, der allen Verhältnissen und Organi-
sationen gewachsen und ein guter Redner sein muß.
Bewerbungen, enthaltend Lebenslauf und jegliche
Prüf. an die Adresse: **ParteiSekretariat in Wien**,
W. 18, erbeten. 2301

Die wichtigsten Anträge
werden
tüchtige Lötinnen
Klempnerarbeiten u. Telefonapparate gefast.
— Röhren Aktiengesellschaft, Tempelhof, Berlin.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank)

Bericht über das 67. Geschäftsjahr 1919.

Das Uebergangsjahr 1919, in welchem die Weltwirtschaft Störungen amgesetzt war,
deren Wirkungen auf die Zukunft sich noch nicht im engersten Maße abschätzen lassen,
brachte besonders in seiner zweiten Hälfte unserer Bank eine rege Tätigkeit in allen
Zweigen des Geschäfts. Das erzielte Rohergebnis übertrifft dasjenige aller früheren
Jahre um ein bedeutendes und setzt uns in die Lage, trotz der ungewissen gestiegenen
Unkosten bei sorgfältiger Bilanzierung aller Risiken, unseren Aktionären die Ausschüt-
tung einer gegen das Vorjahr um 2 Proz. erhöhten Dividende vorzuschlagen, nachdem
3.000.000,— M. den offenen Reserven und 2.000.000,— M. einem Fonds zugeführt sind, der
uns in den Stand setzt, die Bezüge unserer Altpensionäre in Zeiten der Teuerung zu
ergänzen. Wie unser Gewinn- und Verlustkonto zeigt, sind lediglich die Erträge
des laufenden Geschäftes ausgewiesen, während die Gewinne aus Effekten und Finanz-
operationen wie in den Vorjahren zu Abschreibungen benutzt wurden.

Die Erhöhung der Unkosten beruht auf den im letzten Jahresbericht ausführlich dar-
gelegten Gründen; angesichts der immer wachsenden Teuerung hat sie einen Umfang an-
genommen, der alle Voreinschätzung bei weitem übertrifft. Im neuen Jahr hat diese Be-
wegung noch in verstärktem Maße angehalten.

Unsere Bilanz spiegelt die lebhatte Geschäftstätigkeit wieder; auf der Passivseite
zeigt sie den fast ununterbrochen stark gebliebenen Zustrom fremder Gelder, auf der
Aktivseite in der bedeutenden Erhöhung der Posten „Vorschüsse auf Waren und Waren-
verschiffungen“ und „Debitoren in laufender Rechnung“ das wachsende Kreditbedürfnis
unserer Kundschaft, welches das nach Kriegsende erwachende Wirtschaftsleben hervor-
ruft. Im Zusammenhang hiermit steht die Erhöhung unserer Akzeptverbindlichkeiten; das
Aval-Konto hat aus den im Vorjahre dargelegten Gründen eine weitere sehr erhebliche
Steigerung erfahren.

Das Netz unserer Zweiganstalten haben wir unserem Programm gemäß weiter aus-
gebaut. Neben den im Vorjahrsbericht bereits erwähnten im Jahre 1919 zur Eröffnung
gelangten Tochteranstalten in Köln, Dresden, Fulda, Crossen (Oder), Gera (Reuß), Göttingen,
Limburg (Lahn) und Weiburg errichteten wir im Berichtsjahre eine Filiale in
Aschen, Niederlassungen in Kreuznach, Weitzlar und Worms, Zweiganstalten in Bad Nauheim
und Zillikhan, sowie Depositenkassen in Berlin-Weißensee- und in Cuxhaven (Ab-
teilung Fischereihafen). Wir können mit Genugtuung feststellen, daß unsere in den
letzten Jahren begründeten Tochteranstalten sich zur Zufriedenheit entwickeln und dank
der Zeitverhältnisse teilweise bereits in bedeutendem Maße zu dem erzielten Gewinn bei-
getragen haben.

Im laufenden Jahre eröffneten wir Filialen in Eilberfeld, Duisburg, Chemnitz, Nieder-
lassungen in Bielefeld, Bonn, Zweiganstalten in Wald (Rhd.), Tegernsee, Bad Salzschlief,
Friedberg (Hessen), sowie eine Depositenkasse in Frankfurt a. M. und München.
Weitere Tochtergesellschaften sind in Vorbereitung.

An der Firma Otto Hirsch u. Co. in Frankfurt a. M. haben wir uns mit einer Kom-
manditisteneinlage beteiligt.

Das Konto „Bankgebäude“ erhöhte sich durch den Ankauf von nahegelegenen Grundstücken
in Aachen, Fulda, Gera, Kreuznach, Pforzheim, Schweinfurt und Zeitz; ferner erwerben wir
in Leipzig und Nürnberg Grundstücke zur Erweiterung unserer dortigen Bankgebäude.
Um eine Aufdehnung unserer Berliner Bureauräume zu ermöglichen, sicherten wir uns
maßgebenden Einfluß auf eine Aktiengesellschaft, der die Grundstücke Werderscher Markt
Nr. 7, 8, 9, 10 und Werder-Straße Nr. 7 gehören.

Die Ausdehnung unserer Geschäfte läßt uns die Erhöhung unseres Aktienkapitals um
60.000.000,— M. als geboten erscheinen, welche wir der Generalversammlung in Vorschlag
zu bringen beabsichtigen. Da durch die Kapitalvermehrung eine Statutenänderung not-
wendig wird, scheint es uns angezeigt, die Gelegenheit zu benutzen, um unseren Satzungen
eine überholte Bestimmungen beseitigende und der Entwicklung der Zeitverhältnisse
besser entsprechende Fassung zu geben.

Für unseren Gewinnverteilungsvorschlag ergibt sich folgende Berechnung:

| | |
|--|-------------------|
| Der Bruttogewinn beläuft sich (einschließlich des Vortrages von 577.977,88 Mk. aus dem Jahre 1918) auf | 85.721.203,57 Mk. |
| davon ab: | |
| a) Geschäftskosten | 54.547.276,99 Mk. |
| b) Steuern | 6.138.529,38 „ |
| c) Abschreibungen a. Immobilien u. Mobilien | 3.678.991,56 „ |
| d) Rückstellung für die Talonsteuer | 354.000,— „ |
| | 64.845.387,03 „ |
| Wie oben gesamt, beantragen wir zuzuführen: | 20.876.208,64 Mk. |
| der besonderen Reserve | 3.000.000,— Mk. |
| und einem Rückstellungskonto zur Aufbesserung der Altpensionäre | 2.000.000,— „ |
| | 5.000.000,— „ |
| | 15.876.208,64 Mk. |
| davon sind zu zahlen die Tantieme des Vorstandes, des stellvertretenden Vorstandes und der am Reingewinn der Bank beteiligten Direktoren | 1.935.400,— Mk. |
| die satzungsgemäßen Tantiemen für den Aufsichtsrat (8 Proz. der 6.400.000,— Mk. betragenden Superdividende) | 812.000,— „ |
| | 2.447.400,— „ |
| verbleibt ein Ueberschuß von | 13.428.595,64 Mk. |
| aus welchem die vorgeschlagene Dividende von 5 Proz. zu entnehmen ist mit | 32.850.000,— „ |
| während der Rest von | 825.805,64 Mk. |
| auf neue Rechnung übergeht | |
| Es würden somit 50,— M. auf die Aktien von 1000,— M. und 34,28 M. auf die Aktien von 250,— M. zur Verteilung kommen. | |

Zu einzelnen Posten unserer Bilanz haben wir noch folgende Erläuterungen zu geben:

Grundkapital und Reserven.

Das Grundkapital setzte sich am Anfang des Berichtsjahres 1919 zusammen aus
3699 Stück Aktien à 250,— M. — nom. 1.581.000,— M. und aus 18842 Stück Aktien
à 100,— M. — nom. 1.884.200,— M. Im Jahre 1919 haben Inhaber von alten Oldenburger Aktien
der Befugnis, dieselben in Aktien à 1000,— M. umzutauschen, zu einem Betrage von
42 Stück — nom. 18.000,— M. Gebrauch gemacht.

Das gesamte Grundkapital bestand am Ende 1919 aus:
3.647 Aktien à 250,— M. — nom. 1.563.000,— Mk.
185.437 Aktien à 1000,— M. — nom. 185.437.000,— Mk.
zusammen nom. 187.000.000,— Mk.

Die Reserven unseres Instituts werden sich nach Genehmigung der Gewinnver-
teilung durch die Generalversammlung per 31. Dezember 1919 wie folgt stellen:

| | |
|--|---------------------------|
| 1. Die Allgemeine Reserve (gesetzliche Reserve, gemäß § 293 H.G.R.) befreit sich auf | 10.000.000,— Mk. |
| 2. Die Besondere Reserve (früher Hauptreserve) beträgt | 15.000.000,— „ |
| | zusammen 25.000.000,— Mk. |

Konsortialbeteiligungen.

Von den vor dem Jahre 1919 eingegangenen Geschäften sind unter anderem die
folgenden abgewickelt und die darauf bis zum Schluß des Jahres 1919 zur Ausschüttung
gelangten Gewinne verrechnet worden:

Billige Weine u. Spirituosen
Santitas-Pum-Verf. 67/11, 67/12, 67/13, 67/14, 67/15, 67/16, 67/17, 67/18, 67/19, 67/20, 67/21, 67/22, 67/23, 67/24, 67/25, 67/26, 67/27, 67/28, 67/29, 67/30, 67/31, 67/32, 67/33, 67/34, 67/35, 67/36, 67/37, 67/38, 67/39, 67/40, 67/41, 67/42, 67/43, 67/44, 67/45, 67/46, 67/47, 67/48, 67/49, 67/50, 67/51, 67/52, 67/53, 67/54, 67/55, 67/56, 67/57, 67/58, 67/59, 67/60, 67/61, 67/62, 67/63, 67/64, 67/65, 67/66, 67/67, 67/68, 67/69, 67/70, 67/71, 67/72, 67/73, 67/74, 67/75, 67/76, 67/77, 67/78, 67/79, 67/80, 67/81, 67/82, 67/83, 67/84, 67/85, 67/86, 67/87, 67/88, 67/89, 67/90, 67/91, 67/92, 67/93, 67/94, 67/95, 67/96, 67/97, 67/98, 67/99, 67/100.

Nicht b. bis Kupfer 8, Messing 4, Rotguss 7, Metallhandlung, Leichter Straße 25.

Aktien der Bären- und Eckenbühner Bräu Aktiengesellschaft, Deutsch-Südamerikanischen Telegraphengesellschaft, Ostbank für Handel und Gewerbe, Ostelbischen Spinnwerke Aktiengesellschaft, Anstalt der Lenz u. Co. G. m. b. H., 5 Proz. Bommisch Hercegowinische Landesanleihe von 1914.
Die größeren Finanzoperationen, an denen wir im Jahre 1919 durch Übernahme oder Beteiligung interessiert waren, sind im wesentlichen die folgenden:

Aktien der Aktiengesellschaft für Anilinherstellung, Archimedes Aktiengesellschaft für Stahl- und Eisenindustrie, J. P. Bemberg Aktiengesellschaft, Berlin-Gabener Hartfabrik Aktiengesellschaft vorm. A. Cohn, Branerei Gebr. Dieterich Aktiengesellschaft, Chemische Fabrik Griesbeim-Elektron, Deutsche Nationalbank Kommanditgesellschaft, Erfurter Maschinenbau Aktiengesellschaft, Eisenhüttenwerk Thale Aktiengesellschaft, Engelhardt Brauerei Aktiengesellschaft, Holländische Credietbank, Eduard Lingel Schmelzfabrik Aktiengesellschaft, Ludw. Loewe u. Co. Aktiengesellschaft, Hermann Meyer u. Co. Aktiengesellschaft, Oberschlesische Eisenschmelzwerk Aktiengesellschaft, Rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohlen-Bedarfs-Aktiengesellschaft, Sächsische Webstuhlfabrik vorm. Louis Schindler, Weitzwerke Aktiengesellschaft, Bank für Industrielle Aktiengesellschaft, Erfurter Mechanische Schmelzfabrik Aktiengesellschaft, Heilbrunn Aktiengesellschaft für Bergbau, bergbauische und andere industrielle Erzeugnisse (Umwandlung in Vorkaufaktien), Gründung der Reichsanleihe Aktiengesellschaft, Deutsche Spar-Prämien-Anleihe, 4 1/2 Proz. Hamburger Staatsanleihe von 1919, 4 Proz. Oldenburger Staatsanleihe von 1919, 4 Proz. Sächsische Staatsrente von 1919, 4 Proz. Schlesische Kommunalanleihe von 1919, 4 Proz. Darmstädter Staatsanleihe von 1919, 4 Proz. Dresdener Staatsanleihe von 1919, 4 Proz. Düsseldorf Stadtanleihe von 1919, 4 Proz. Flensburger Stadtanleihe von 1919, 4 Proz. Anleihe von 1919 der Stadt Frankfurt a. M., 4 Proz. Mühlheimer Stadtanleihe von 1919, 4 1/2 Proz. Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft Obligations, 4 1/2 Proz. AEG. Schnellbahn-Obligations, 4 1/2 Proz. Archimedes Aktiengesellschaft für Stahl- u. Eisenindustrie Obligations, 4 Proz. Große Berliner Straßenbahn Obligations, 4 1/2 Proz. Gebr. Böhrer u. Co. Obligations, 4 1/2 Proz. Große Casseler Straßenbahn Obligations, 4 1/2 Proz. Concordia Bergbau Aktiengesellschaft Obligations, 4 1/2 Proz. Erncmann-Werke Aktiengesellschaft Obligations, 4 1/2 Proz. Freiburger Papierfabrik Obligations, 4 1/2 Proz. Heusische Eisenbahn Aktiengesellschaft Obligations, 4 1/2 Proz. Lechwerke Aktiengesellschaft Obligations, 4 1/2 Proz. Ludw. Loewe u. Co. Aktiengesellschaft Obligations, 4 1/2 Proz. Mainkraftwerke Aktiengesellschaft Obligations, 4 1/2 Proz. Oberschles. Eisenbahn-Bedarfs-Aktiengesellschaft Obligations, 4 1/2 Proz. Phönix Aktiengesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb Obligations, 4 1/2 Proz. Rheinische Stahlwerke Obligations, 4 1/2 Proz. Schlesi- sche Elektrizitäts- u. Gas Aktiengesellschaft Obligations, 4 1/2 Proz. Haro Schneider Aktiengesellschaft Obligations, 4 1/2 Proz. Ges. für Teerverwertung m. b. H. Obligations, 4 1/2 Proz. Thüringer Elektrizitätslieferungs-Gesellschaft Obligations.

Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen.
Die unter obiger Überschrift laufenden Engagements bezifferten sich Ende 1919 auf:
5.936.248,42 Mk. auf Aktien von Banken,
2.635.120,50 „ Kommanditistische Beteiligung bei Bankgeschäften
8.571.468,92 Mk.

Bankgebäude.
Dieses Konto umfaßt unsere Bank-Grundstücke und Gebäude (einschließlich Mobiliar und Einrichtung) in Berlin, Darmstadt, Aachen, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Fulda, Halle a. S., Hannover, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, Stettin, Trier, Bamberg, Frankfurt a. O., Freiburg (Breisgau), Gera (Reuß), Gießen, Kreuznach, Neustadt (Hartz), Pforzheim, Quedlinburg, Schweinfurt, Zeitz, Breslau, Beuthen, Gleiwitz, Orlitz, Hirschberg i. Schl., Kattowitz, Oppeln und Raiborn, welche unter Berücksichtigung der bisherigen und der per 31. Dezember 1919 vorgenommenen Abschreibungen mit
28.972.621,06 Mk.

abzüglich Hypotheken und Restkaufpreise auf Berlin, Werderscher Markt 2-4, Schinkelplatz 3-5, Niederlappstraße 4-5, auf Stettin, Mönchenstraße 31, auf Trier, Johann-Philippstraße 6, auf Breslau, Omlauer Str. 35, und Pforzheim, Westliche Karl-Friedrichstraße 88 im Gesamtbetrag von
1.429.000,— Mk.
d. h. per Saldo mit
27.493.621,06 Mk.

Zweiganstalten.
Unser Institut besitzt neben seinen Hauptsitzen in Berlin und Darmstadt Zweiganstalten in folgenden Städten und zwar:

Filialen in: Aachen, Augsburg, Braunschweig, Breslau, Chemnitz, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Eilberfeld, Frankfurt a. M., Fulda, Halle (Saale), Hamburg, Hannover, Köln a. Rh., Leipzig, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Stettin, Straßburg i. Els., Stuttgart, Trier, Wiesbaden, Würzburg.

Niederlassungen in: Amberg (Oberpfalz), Aschaffenburg, Bamberg, Bensheim a. d. Bergstraße, Beuthen O.-S., Bielefeld, Bingen a. Rh., Bonn, Cuxhaven, Crossen a. O., Cuxhaven, Forst (Lusatia), Frankfurt a. O., Freiburg (Breisgau), Fürth i. B., Gera (Reuß), Gießen, Glatz, Gleiwitz, Göttingen, Orlitz, Gries i. V., Gaben, Heilbronn a. N., Hildesheim O.-S., Hirschberg (Schlesien), Jauer, Kattowitz O.-S., Kehl a. Rh., Kreuznach, Landau (Pfalz), Leobersdorf, Limburg (Lahn), Ludwigs- hafen a. Rh., Neustadt (Hartz), Neustadt O.-S., Offenbach a. M., Oppeln, Patsau, Pforzheim, Firmasitz, Quedlinburg, Raiborn, Rybnik, Schweinfurt, Weitzlar, Worms, Zeitz.

Zweigstellen in: Alfeld (Hessen), Bad Nauheim, Bad Salzschlief, Bielefeld a. Rh., Bismarck, Friedberg i. H., Greifswald, Herborn (Dillr.), Kreuznach (O.-S.), Lauban (Schlesien), Michelstadt i. O., Myslowitz, Passau, Prenzlau, Sangerhausen, Senftenberg i. L., Sorau N.-L., Spremberg N.-L., Stargard i. P., Tegernsee, Wald (Rhd.), Weiburg (Lahn), Zillikhan.

Depositenkassen in: Berlin und Vororten (31), Breslau (7), Cuxhaven (1), Darmstadt (1), Dresden (1), Frankfurt a. M. (5), Hannover (1), Leipzig (6), München (6), Stettin (1), Stuttgart (1).

Der Vorstand.
Durch des von uns bestellte Ausschuß ist die in den Anlagen dieses Berichtes wieder-
gebene Bilanz sowie die Gewinn- und Verlust-Rechnung eingehend geprüft worden; wir
finden dagegen nichts zu erörtern und erklären uns mit dem vorstehenden Bericht des
Vorstandes, dem wir nichts hinzuzufügen haben, in allen Teilen einverstanden.

Der Aufsichtsrat.
Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W. 6, Linkstr. 16,
Tel. Lützow 8705 und 8818.

Metall-Ankaufsstelle
Gruyer
Weg 80
zahlt die höchsten
Tagespreise für
Kupfer, Messing,
Blei, Zink usw.

Alt-Eisen
Sämtliche Altmetalle höchst-
zählend.
Fritz Behrens,
Blumenstraße 71,
Ecke Markusstraße.

Die Berliner Wahlen.

Die bisherigen Ergebnisse der Groß-Berliner Wahlen sind, da aus einigen entlegenen Wahlkreisen die Resultate noch ausstehen, ziemlich unvollständig. Wir veröffentlichen nachstehend folgende vorliegenden Resultate der 15 Wahlkreise:

| | 1. Kreis | 2. Kreis | 3. Kreis | 4. Kreis | 5. Kreis |
|------------------------|----------|----------|----------|----------|----------|
| S. V. D. | 17 970 | 16 124 | 24 852 | 25 807 | 28 058 |
| U. S. V. D. | 30 841 | 41 108 | 91 867 | 60 485 | 74 915 |
| Wirtsch. Vereinigung | 4 589 | 4 485 | 8 000 | 5 174 | 5 656 |
| Demokraten | 10 826 | 9 048 | 5 788 | 8 478 | 6 761 |
| Zentrum | 5 418 | 6 127 | 5 854 | 5 150 | 6 861 |
| Deutsche Volkspartei | 21 944 | 24 781 | 15 197 | 18 048 | 17 506 |
| Deutschnat. Volkspart. | 15 255 | 17 954 | 11 748 | 14 871 | 12 257 |

| | 6. Kreis | 7. Kreis | 8. Kreis | 9. Kreis | 10. Kreis |
|------------------------|----------|----------|----------|----------|-----------|
| S. V. D. | 32 775 | 30 487 | 8 500 | 7 818 | 17 445 |
| U. S. V. D. | 64 408 | 40 693 | 11 988 | 9 958 | 23 992 |
| Wirtsch. Vereinigung | 7 179 | 7 233 | — | 1 750 | 2 588 |
| Demokraten | 9 278 | 15 011 | 3 314 | 7 616 | 8 971 |
| Zentrum | 6 778 | 5 513 | 1 686 | 1 861 | 8 210 |
| Deutsche Volkspartei | 30 047 | 30 221 | 5 067 | 15 625 | 34 381 |
| Deutschnat. Volkspart. | 18 438 | 19 892 | 8 579 | 10 478 | 16 614 |

| | 11. Kreis | 12. Kreis | 13. Kreis | 14. Kreis | 15. Kreis |
|------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| S. V. D. | 13 854 | 27 644 | 14 424 | 13 568 | 15 897 |
| U. S. V. D. | 19 012 | 36 600 | 26 196 | 32 682 | 38 259 |
| Wirtsch. Vereinigung | 5 581 | 8 240 | 9 108 | 4 417 | 2 845 |
| Demokraten | 10 481 | 4 848 | 4 565 | 3 178 | 6 214 |
| Zentrum | 3 526 | 3 062 | 1 009 | 2 812 | 3 327 |
| Deutsche Volkspartei | 21 005 | 12 575 | 8 786 | 8 770 | 15 684 |
| Deutschnat. Volkspart. | 18 829 | 7 874 | — | 5 023 | 16 032 |

Soweit heute ein Ueberblick möglich ist, werden einer Gesamtzählung von 125 sozialistischen Wählern 100 bürgerliche Stadtverordnetenmandate gegenüberstehen. Anders liegen die Verhältnisse in den Bezirksparlamenten. In den Bezirken am Wedding und am Friedrichshagen dürften die Unabhängigen, soweit sich das bisher übersehen läßt, das Übergewicht haben. In den Bezirken Prenzlauer Tor und Silesische Tor wird sich ebenfalls aller Voraussicht nach eine sozialistische Majorität ergeben. Charlottenburg weist dagegen eine absolute bürgerliche Mehrheit auf und in Wilmerdorf verfügen die Rechtsparteien auch ohne Hilfe des Zentrums und der Wirtsch. Vereinigung über die Majorität.

Die Frauenliste.

Eine Genossin schreibt zum Ausfall der Groß-Berliner Gemeindevahl:

Zum erstenmal ist meines Wissens mit der Aufstellung einer besonderen Frauenliste ein praktischer Versuch gemacht worden. Er ist nämlich gescheitert. Bei den Wahlen zur Nationalparlamentarischen Versammlung ist die Frage der besonderen Frauenlisten mehrfach erörtert worden; die bereits im politischen Kampf stehenden Frauen der verschiedenen Richtungen haben sie abgelehnt (für Sozialdemokraten kam sie ja überhaupt nicht in Frage), trotz der Einreden, welche die Männer und männlichen Frauenrechtler. Und diesmal, wo die Frage nun einmal praktisch entschieden werden sollte, hat sich gezeigt, daß auch der gesunde Sinn der Frauen im allgemeinen sich gegen eine derartige Zerstückelung überhaupt wendet.

Gewiß hätte ich als Frau, vor die Entscheidung gestellt zwischen Anna v. Oetke und irgendeinem deutsch-nationalen Mann, der Frau den Vortzug gegeben. Sie ist ganz sicher das Opfer ihrer Geschlechtlichkeit geworden. In ihrer ganzen Weltanschauung konservativ geartet, dabei aber mit einem zweifellos gesunden sozialen Sinn ausgestattet, hat sie geglaubt, dort hingehen zu müssen, wohin sie politisch gehört. Ihre Abstammung und, wie ich bestimmt glaube, auch die auf die tägliche soziale Arbeit eingestellte persönliche Art, haben ihr das Arbeiten innerhalb der deutsch-nationalen unmöglich gemacht. Aber auch diejenigen unter uns, die da mitfühlen können, daß es bitter noch tut, um den letzten Erfolg einer Lebensarbeit gebracht worden zu sein und die deshalb Anna v. Oetke als Mensch ein Stadtverordnetenmandat gegönnt hätten, können praktisch aus dem Resultat lernen. Im Zeitalter der Demokratie gehören die Frauen in die politische Partei, dort sollen sie wirken und ihre Kräfte entfalten, dort müssen sie sich auf Grund ihrer Arbeit Anerkennung verschaffen. Was andere Parteien in Zukunft tun, ist uns gleichgültig, für unsere Partei aber ist auch aus der Tatsache der besonderen Frauenliste die Schlussfolgerung für die Zukunft zu ziehen, daß man durch die Organisation der Frauen kann, damit es überhaupt nicht zu solchen Eigenbrötleien der Frauen kommt. Damit! Indem man die Frauen nach besserer Möglichkeit einbezieht in die praktische Arbeit, ihnen Gelegenheit zur Entfaltung ihrer Kräfte gibt, ihnen dann aber, wenn sie sich bewähren, auch das Vertrauen der Organisation schenkt.

Sachminister oder Kapitalminister?

Das „Berliner Tageblatt“ steht jetzt in jeder Morgennummer den brünstigen Kapp-Rittwitsch-Schrei nach Sachministern aus. Besonders gerührt ist sein kapitalistisches Herz bei dem Gedanken an einen sachlichen Reichswirtschaftsminister. Deshalb mußte auch im Handelsteil des „B. T.“, der in letzter Zeit erfreulicherweise gemeinwirtschaftliche Grundsätze vertritt, die Frage der gemeinwirtschaftlichen Kapitalbildung so dargestellt werden, als ob die ganze tatsächliche Arbeit doch im Reichswirtschaftsministerium von seinem Staatssekretär Dr. Girsch geleistet und von seinem politischen Minister nicht einmal genügend hervorgehoben worden sei.

Schon in der nächsten Ausgabe berichtigte aber Staatssekretär Dr. Girsch selbst das „B. T.“ dahin, daß er bereits mehr als 1/4 Jahre unter Schmidt in voller Uebereinstimmung mit dem Minister arbeite. Insbesondere hätten auch die Arbeiten in der Kapitalbildungsfrage vom Reichswirtschaftsminister Schmidt „weitgehende sachliche Förderung“ erfahren. Damit ist ausgesprochen, wer die Politik der gemeinwirtschaftlichen Kapitalbildung, deren Leitgedanken sicherlich nicht ohne Teilnahme der Sozialisten im Reichswirtschaftsministerium entstanden sind, die aber lediglich aus sachlichen Gesichtspunkten heraus verfolgt wurde, praktisch vor Regierung und Parlament vertreten hat.

Es ist unbestreitbar, daß das „B. T.“, das ja offenbar nicht ohne Beziehungen zum Reichswirtschaftsministerium ist, dem Staatssekretär Dr. Girsch, dessen Verdienste von uns gewiß nicht bestritten werden, noch mit fremden Federn zu schmücken versucht. Gerade Robert Schmidt eignet sich am schärfsten dazu, die Forderung nach Sachministern zu begründen. Denn als Kappisten und Schöngartenindustrielle keine Abiegung forderten, haben sämt-

liche Referenten des Reichswirtschaftsministeriums ausdrücklich erklärt, daß sie ihn für einen hervorragenden Sachminister ansehen. Die Treiberei der Kapitalistenpresse gegen Schmidt ist nicht unbedeutend.

Volksbegehren und Volksentscheid.

Der Verfassungsausschuß der Landesversammlung wurde am Montag mit einem Aufruf auf sein verstorbenes Mitglied Dr. Friedberg (Dem.) eröffnet, der bis zum Sonnabend an den Verhandlungen des Ausschusses regen aktiven Anteil genommen hat. Die Beratung wandte sich dann den Bestimmungen über das Wahlrecht, das Volksbegehren und den Volksentscheid zu. Die §§ 8 bis 16 wurden durchweg nach den Vorschlägen des Unterausschusses angenommen, nur im § 8b hinzugefügt, daß das Wahlrecht der aktiven Soldaten ruht. Für diese Bestimmung trat mit einer hitzigen Rede auch der Unabhängige Obuch ein, während die Sozialdemokraten dagegen stimmten.

Der § 8e über das Volksbegehren und den Volksentscheid, der in der Fassung des Unterausschusses angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

- 1. auf Änderung der Verfassung,
- 2. auf Erlass, Änderung oder Aufhebung von Gesetzen,
- 3. auf Auflösung des Landtags.

Volksbegehren sind an das Staatsministerium zu richten und von diesem unter Vorlegung seiner Stellungnahme unverzüglich dem Landtag zu unterbreiten. Dem Volksbegehren muß in den Fällen 1 und 2 ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf zugrunde liegen. Volksbegehren sind nur rechtskräftig im Falle 2, wenn sie von 1/100 in den Fällen 1 und 2, wenn sie von 1/50 der Stimmberechtigten gestellt werden. Ueber Finanzfragen, Abgabengesetze und Befolgsordnungen ist ein Volksbegehren nicht zulässig. Volksentscheide finden auf Volksbegehren und in den sonst in der Verfassung vorgesehenen Fällen statt; sie sind nur rechtskräftig, wenn die Mehrheit der Stimmberechtigten daran teilgenommen hat. Der Volksentscheid erlischt, wenn der Landtag dem Volksbegehren stattgegeben hat.

Verfassungsänderung oder Entwürfe auf Auflösung des Landtags bedürfen der Zustimmung der Mehrheit der Stimmberechtigten. Sonst entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Die Abstimmung kann nur bejahend oder verneinend sein.

Neu eingefügt wurde auf sozialdemokratischen Antrag eine Bestimmung, wonach Beamte, Angestellte und Arbeiter des Staats und der Körperschaften des öffentlichen Rechts zur Ausübung der Tätigkeit als Abgeordnete keines Urlaubs bedürfen und als Wahlbewerber Urlaub zu erhalten haben. Diese Bestimmung geht, soweit sie auch Angestellte und Arbeiter umfaßt, über die Reichsverfassung hinaus.

In einer früheren Sitzung war von der Rechten beantragt worden, den außerpreussischen Deutschen das Stimmrecht in Preußen erst nach einer gewissen Anwartschaftszeit zu geben. Es wurde aber Uebereinstimmung darüber erzielt, daß eine derartige Bestimmung dem Artikel 17 der Reichsverfassung widerspräche und deshalb ungültig wäre. Gleichwohl finden sich entsprechende Bestimmungen gegenüber den preussischen Staatsangehörigen in der bairischen und württembergischen Verfassung. Der Ausschuß beschloß einstimmig, die Reichsregierung zu ersuchen, diese Verfassungswidrigkeit schleunigst abzuklären. Eine entsprechende Resolution von Girsch (Dem. Fr.) wird auf Antrag der Sozialdemokraten sofort auch in der Landesversammlung des Hauses zur Verhandlung gebracht werden.

Der Berichterstatter Dr. Berndt (Dem.) gab dann eine längere Erklärung darüber ab, daß die am Sonnabend erfolgte Abstimmung ausnahmsweise einer sogenannten Staatsliste, nämlich des Staatspräsidenten hätte hätte Bedeutung, daß man nachträglich den abgelehnten Staatspräsidenten wieder in die Verfassung hineinschmuggeln wollte; die Sozialdemokraten mühten sich in einem Irrtum befunden haben, als sie deswegen gegen den ganzen Staatsrat stimmten, obwohl sie sich ihm vorher grundsätzlich geneigt zeigten. Dem entgegensetzte Abg. Helmman (Soz.), daß eben der Staatsratpräsident, der das Ministerium berufe, und der Staatsrat, der das Recht zur Auflösung des Landtages erhalte, für die Sozialdemokratie unannehmbar seien. Der Ausschuß beschloß, keine erneute Abstimmung vorzunehmen, sondern die formulierten Vorschläge des Unterausschusses abzuwarten.

Der Kory-Boycott.

Wien, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). Der Boycott gegen Kory-Ungarn ist in vollem Gange. Der Telephonverkehr ruht vollständig, es werden nicht einmal dringende Staatsgespräche oder Gespräche der Entente-Missionen abgemittelt, weil die ungarischen Beamten auf die Einstellung aller nichtdienstlichen Gespräche hin den gesamten Verkehr einstellen. Der Telegraphenverkehr wird nur zwischen den Entente-Missionen auf zwei Leitungen geführt, der Privatverkehr ist vollständig eingestellt; ebenso der Postverkehr. Auf dem Ostbahnhof kam es zu einem Konflikt, da die deutsch-nationalen Beamten sich am Boycott nicht beteiligten und der den erkrankten Verkehrsminister Paul vertrittende Staatssekretär Jerdil einen Aufruf gegen den Boycott herausgegeben hat. Der von den deutsch-nationalen Beamten eingeleitete Postverkehr wurde aber unterwegs im wesentlichen eingestellt, ebenso ging es mit einem Zug, den deutsch-nationale Beamte vom Ostbahnhof abließen hatten.

Die Angst vor der Wahrheit.

Frankfurt a. M., 21. Juni. (WZ). Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Ludwigshafen: Seit Sonnabend sind hier die „Frankfurter Zeitung“ und sämtliche Mannheimer Zeitungen von den Franzosen verboten. Die zum Verkauf aufstehenden Nummern wurden beschlagnahmt.

Friedberg. In einem Schreibsreiben des Reichspräsidenten an Frau Friedberg heißt es: ... In schwerer Zeit hat er als stellvertretender Ministerpräsident Einfluß auf die Geschichte Preußens gehabt, und selber als Führer der Demokratischen Partei in der Preussischen Landesversammlung einen hervorragenden Anteil an politischem Leben gehabt. Ein ehrentes dankbares Gedenken wird ihm allezeit gesichert bleiben.

Schwaib-Kapital. Der Reichspräsident hat der Witwe des Verstorbenen aufrichtiges Beileid ausgesprochen. Er fügte hinzu: In gemeinsamer parlamentarischer Tätigkeit habe ich den Dank entgegennehmen gelernt als einer von lebendigsten sozialen Empfinden besetzten politischen Führer, dessen Verdienste auf mannigfachen Gebieten der Gesetzgebung unvergessen bleiben werden.

Ein Attentat auf Wilhelm den Dritten wird auf einem Umweg über Amerika und Holland gemeldet. Der frühere Kaiser soll nur leicht verletzt sein. — Die ganze Meldung ist mit äußerster Vorsicht zu genießen.

Der belgische Minister Jaspars sprach sich in einer Unterredung für die Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Bezuges zu Russland aus.

Der Skandal von Thal.

Wir geben aus chronistischen Gründen noch den Schluß des Berichts über die Verhandlungen wegen des Arbeitermordes von Thal. Das freisprechende Erkenntnis haben wir schon am Sonntag morgen veröffentlicht und unsere Meinung über das Urteil wird durch den Bericht nicht geändert, sondern nur unterstrichen. Immerhin ist es gut, wenn die Leser durch den Bericht erfahren, was ein Militärgericht für Recht ansieht. Hier ist der Bericht:

Kassel, 21. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“). In dem Verfahren gegen die Marburger Freiwilligen schloß der Anklagevertreter Kriegsgerichtsrat Dr. Suren aus, daß alsbald nach dem Bekanntwerden der Thaler Vorfälle, die Schreien und tiefe Trauer über weite Kreise des Volkes gebracht hätten, Schritte unternommen worden seien, um Klarheit und Wahrheit in diese Angelegenheit zu bringen. Die Vorarbeiten seien sehr schwierig und umfangreich gewesen, um das aus allen Kreisen zugehende teils richtige, teils falsche Material zu sichten und zu bearbeiten. Es sei bei der Voruntersuchung jeder einzelnen Anregung nachgegangen worden und es müsse der Eindruck vermeiden werden, als wolle man hier etwas vertuschen. In Thal seien vielleicht einige Unschuldige verhaftet worden, das ließe sich nicht vermeiden. Der größte Teil der Gefangenen habe sich strafbarer Handlungen schuldig sein lassen. Durch ihren Tod seien sie der irdischen Gerechtigkeit entzogen worden. Die aufgeschickten Zeitungsberichte

seien fast alle durch die Untersuchung widerlegt worden. Bei dem Marsch sei der Rebell bald dichter, bald geringer gewesen und bei einer glücklichen Gelegenheit sei dann Hornschuß entflohen, worauf Jahn, Engelbrecht und Krauß nach ihm schossen und ihn tödlich trafen. Seiner Auffassung nach sei bei diesem Fall nichts anderes unternommen worden, um des Missethätigen wieder habhaft zu werden, bevor man zur Schußwaffe griff. Es wäre Pflicht der drei Begleitmannschaften gewesen, den Versuch zu machen, den Missethätigen einzufangen. Demnach sei ein rechtswidriger Waffengebrauch zu verzeichnen gewesen und damit bestünde die Schuld im Sinne der Anklage. Im zweiten Falle dagegen sei die Situation eine ganz andere gewesen. Eine Einholung der Missethätigen sei infolge eines auf der Straße liegenden Komposthaufens sehr erschwert worden, so daß dadurch eine Verfolgung der Gefangenen ausfallslos gewesen wäre und zur Verhütung der Flucht von der Waffe Gebrauch gemacht werden mußte. Jedenfalls sei der

Nachweis einer Schuld nicht zu erbringen.

Allerdings könnte man in folgenden Fällen vor einem Rätel über die Psychologie der Gefangenen, die wußten, daß Hornschuß und in den späteren Fällen, daß die anderen Missethätigen erschossen worden waren, dennoch den Versuch der Flucht gemacht haben. Es läge die Vermutung nahe, daß die Gefangenen eingeschüchert und schlecht behandelt worden seien. Diebstahlige Feststellungen seien aber nicht zu treffen gewesen. Es könne aber in diesen wie auch in den folgenden Fällen die Anklage nicht aufrechterhalten werden, da eine Schuld nicht nachweisbar sei. Der letzte Fall, bei dem die letzten acht Gefangenen auf einmal geflohen sind, sei

unverständlich und unerklärbar.

Die Wahrscheinlichkeit spreche für eine Beeinflussung durch die Begleitmannschaften. Genauer ist aber auch hier nicht feststellbar. Auch die Sachverständigen-Aussagen ergeben nichts Belastendes. Auffällig sei war, daß sämtliche Missethätige erschossen, nicht ein einziger verwundet worden ist. Man müsse wohl an einen besonders grausamen Zufall glauben. (Bewegung im Zuschauerraum.) Bei Besuche bei Engelbrecht, Jahn und Krauß die Frage des Totschlages, es sei aber in Anbetracht der schwierigen Verhältnisse, in denen sich die Begleitmannschaften befanden, mildernde Umstände zuzubilligen, und er beantrage eine Gefängnisstrafe von drei Jahren. Wegen die übrigen Angeklagten beantrage er Freispruch.

Nach einer kurzen Pause erhält der Verteidiger das Wort. Er führt aus: Das Innerste, welches die breite Öffentlichkeit den Erschossenen und Angehörigen entgegenbringe, sei wohl berechtigt, dadurch dürfte aber nicht das Auge getrübt werden. Die Verhaftungen in Thal seien zu Recht erfolgt. Die Bewandung sei vollkommen korrekt gewesen. Hornschuß sei der gefährlichste gewesen, habe genug auf dem Korbholz gehaut und getagt, daß es um Leben und Tod ginge.

Bei günstiger Gelegenheit infolge des dichten Nebels und des guten Geländes habe er die Flucht ergriffen. Bei einigem Vorsprung hätte der Gefangene schon im Nebel verschwinden sein müssen, auch sei eine Verfolgung sehr gewagt gewesen, da feindliche Truppen in der Nähe hätten sein können, so daß zur Verhinderung der Flucht von der Waffe Gebrauch gemacht werden mußte. Der Versuch von vorn, den die Leiche Hornschuß aufweist, sei vielleicht auf eine Rotationsbewegung zurückzuführen. Bei den anderen Fällen sei die Lage für eine Flucht ebenfalls sehr günstig gewesen. Das Plöden lasse sich vielleicht damit erklären, daß die Gefangenen, als sie hinter Schüsse hörten, die Begleitmannschaften von ihren eigenen Seiten angegriffen glaubten. Vor der Flucht der letzten acht Mann sei bei den Begleitmannschaften die Rede davon gewesen, daß es nicht so weiter gehen könne, und man versuchen müsse, die vorn marschierende Truppe zu erreichen. Die Gefangenen mühten sich, daß sie die letzte Gelegenheit zur Flucht da sei und so ergriffen plötzlich alle acht die Flucht. Daß Menschen von Bildung, Akademiker, Wissenschaftler vorgenommen haben sollten, balte er für ausgeschlossen. (Unruhe im Zuschauerraum.) Die Tatsache, daß die

Gefangenen fast alle Kopfschüsse aufweisen,

sei auf die kurze Entfernung zurückzuführen, da das Feuer des Militärgewehrs erst von 400 Meter beginne und man auch bei Rebel erfahrungsgemäß leicht zu hoch schieße. Es läge also keine strafbare Handlung vor und eine Freisprechung sei unbedingt erforderlich. Von den Angeklagten äußerte sich nur Jahn, der behauptete, daß sie sich alle der Schwere der damaligen Lage bewußt gewesen wären und daß sie nichts getan hätten, als was ihre Pflicht erforderte.

Nach dem fast vierstündigen Plöden zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück.

Nach zwanzig Minuten

verkündete der Vorsitzende das Urteil, das bei allen Angeklagten fast Freisprechung lautete mit der Begründung, daß Totschlag in keinem Falle vorläge. Das Urteil zweifelt nicht daran, daß in allen Fällen erst Versuche zur Wiedergewinnung der Entschiedenheit gemacht worden sind, dann erst sei von der Waffe Gebrauch gemacht worden. Gegenteiles sei nicht bewiesen. Die Aussagen von Wagner und Bode hat das Gericht für nicht einwandfrei betrachtet können.

Das letzte Wort dürfte in dieser Sache noch nicht gesprochen sein, da Dr. Liebmann im Auftrage der Angehörigen der Erschossenen einen Blottprozeß anstrengen wird.

Belgischer Besondere. Der deutsch-belgische Rechtsanwalt G. H. de Haan hat vor einiger Zeit den Oberbürgermeister Reinerz in einem Verhaftungsbescheid einen „Leichentüchler“ genannt, weil dieser gegen deutsch-belgische Aufschneider den Vorwurf des Landverrats gerichtet hatte. Das Schöffengericht Hannover hat nunmehr G. H. de Haan wegen verlesender Beleidigung zu zwei Wochen Gefängnis und Zahlung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

Neue Landräte. Der kommunische Landrat E. H. H. (Soz.) ist endgültig zum Landrat im Saale-Kreis bestellt worden. Der bisherige Abg. G. W. Müller (Dem.) wurde beurlaubt zum Landrat in Eisenberg (Sachsen) und der Beigeordnete K. H. H. aus Berlin-Treptow beurlaubt zum Landrat in Schmölln bei Wittenberg ernannt.

Gewerkschaftsbewegung

Freih Wappler †.

Einen herben Verlust hat der Deutsche Transportarbeiterverband zu beklagen. Freih Wappler, der langjährige Funktionär in der Bezirksverwaltung Groß-Berlin, ist am Sonnabend im Krankenhaus Budow im Alter von 62 Jahren einem Herzleiden erlegen.

Freih Wappler ist eine bewährte Kraft namentlich in der Handarbeiterbewegung dahingegangen. Er erkannte früh die großen Zukunftsaufgaben der Gewerkschaftsbewegung und bewegte im Jahre 1907 die Berliner Hausdiener zum Anschluß an den Transportarbeiterverband. Der Name dieses treuen Gewerkschaftsführers hat für die älteren Gewerkschaftsangehörigen stets einen guten Klang gehabt.

Als am Donnerstag Freih Wappler von seinem Heimatort Berlinchen zurückkam, mußte er das Krankenhaus Budow aufsuchen, dort ist er zwei Tage darauf gestorben. Sein Name wird nicht allein unter seinen Organisationsgenossen, sondern weit über deren Namen hinaus in Ehren gehalten werden.

Achtung, Beitragschwindler!

In letzter Zeit wird von unsernen Personen versucht, Beiträge für den Deutschen Eisenbahnerverband zu kassieren. Die Verfeßten erscheinen in der Wohnung der Kollegen und suchen bei deren Angehörigen unter falschen Angaben Beiträge einzuziehen.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes macht bekannt, daß bei dem Deutschen Eisenbahnerverband die Hauskassierung nicht eingeführt ist und die Erhebung der Beiträge lediglich in Zahlstellen und bei dem Unterlassieren erfolgt.

Die genannte Ortsverwaltung warnt nachdrücklich vor solchen Schwindlern und ersucht vorkommendenfalls dieselben feststellen zu lassen.

Straßenbahnerstreik in Warmen.

Die Angestellten und Arbeiter sämtlicher städtischen Straßenbahnbetriebe Warmens befinden sich im Ausstand. Dem Streik liegt die Forderung auf Gleichstellung mit den städtischen Arbeitern zugrunde.

Rechtsverbindliche Tarifverträge.

Der zwischen dem Verein der Brauereien Berlins und Umgegend, dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, Sektion der Brauereiangestellten, dem Bund der technisch-industriellen Beamten, dem Deutschen Werkmeisterverband und dem Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände am 31. Januar 1920 vereinbarte Nachtrag zu dem vorher abgeschlossenen Tarifvertrag zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen der kaufmännischen und technischen Angestellten im Brauergewerbe ist mit Wirkung vom 1. Januar 1920 für allgemeinverbindlich erklärt worden.

Desgleichen ist der zwischen dem Deutschen Werkmeisterverband, Geschäftsstelle des Bezirks X, in Berlin und dem Verein der Weingroßhändler von Berlin und der Provinz Brandenburg in Berlin am 7. April 1920 abgeschlossene Tarifvertrag im Anschluß an den allgemeinverbindlichen Tarifvertrag vom 16. Oktober 1919 für die in den Weingroßhandlungen beschäftigten Lagermeister und Weinkäufer im Gebiete des Zweckverbandes Groß-Berlin vom 1. April 1920 für allgemeinverbindlich erklärt. Mit dem gleichen Zeitpunkt tritt die allgemeine Verbindlichkeit des Tarifvertrages vom 16. Oktober 1919 außer Kraft.

Deutscher Transportarbeiterverband. Sektion 5. Obleute, Verkehrswesen, Betriebsräte und Generalversammlung-Delegierte! Donnerstag, den 24. Juni, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15 (Saal 1), wichtige Konferenz für alle obengenannten Funktionäre. Tagesordnung: Berichterstaltung über das bisherige Ergebnis der Verhandlung mit den Arbeitgebern zum Abschluss eines neuen Lohnvertrages für die Groß-Berliner Metallindustrie. — Väter und Lagerarbeiter der Groß-Berliner Eisenindustrie. Dienstag, den 22. Juni, abends 7 Uhr, Brauerverammlung im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15 (Saal 5), Berichterstaltung über die Verhandlung zum Lohnvertr. — Sektion 1. Bekleidungsindustrie, Handelsreisende, Arbeiterinnen der Gruppe II aus allen Betrieben der Herren-, Knaben-, Durschenkonfektion, Summimantel, Wäschehersteller usw. Donnerstag, den 24., nachm. 5 Uhr, im Lokal von Karl Witte, Poststr. 29, Gruppenversammlung. Tagesordnung: Unsere Lohnbewegung. — Sektion Berlin 1. Heute, Dienstag, nachm. 4 1/2 Uhr, im Restaurant Karl Witte, Poststr. 29, Versammlung (Küche, Hölze, Kleberstoffe).

Verband der Fabrikarbeiter. Am Mittwoch, 23. Juni, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula der 123. Gemeindeschule, Berlin, Annenstr. 1b, wichtige Branchenversammlung der Eisenarbeiter. Mitgliedsbuch legitimiert.

Musikinstrumentenarbeiter! Mittwoch, den 23. Juni, abends 6 1/2 Uhr, in den Andreas-Hallen, Andreasstr. 21, Branchenversammlung. 1. Bericht von den Verhandlungen über unser Lohnabkommen. 2. Bericht über das reichliche Erscheinen der Kollegen ist der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen notwendig.

Arbeitnehmerverband für das Friseurgewerbe. Am Freitag, 25. Juni, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.

Achtung, Angestellte der Glasbranche! Heute Dienstag, im Alexander-Hof, Alexandrinenstraße 37a: Versammlung der Angestellten der Glasbranche. Beginn 5 Uhr. Tagesordnung: „Unser neuer Tarifvertrag“. Referent: Kollege Hans Jungblut.

Soziales.

Erweiterung der militärischen Amnestie.

Durch eine Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 7. Dezember 1918 wurden unter bestimmten Voraussetzungen Untersuchungen gegen Militärpersonen niedergelassen sowie Disziplinarstrafen und von Militärgerichten rechtskräftig erkannte Strafen erlassen. Unter anderen war darin auch bestimmt, daß die Amnestierung hinsichtlich einer Untersuchung oder einer Strafe wegen Fahnenflucht nur unter den Bedingungen erfolgte, daß der Fahnenflüchtige sich innerhalb einer bestimmten Frist meldete und daß er nicht innerhalb zweier Jahre wegen eines nach dem Inkrafttreten der Verordnung begangenen Verbrechens oder vorläufigen Vergehens zu Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten verurteilt werden durfte. Letztere Bedingung war auch an die Amnestierung wegen Freigabe geknüpft.

Durch ein neues Gesetz vom 6. Juni 1920 (Reichs-Gesetzblatt Nr. 128, S. 1148) wird die durch vorstehende Bedingungen bedingte Amnestie in eine unbedingte umgewandelt und die alte Verordnung dahin erweitert, daß die Zugehörigkeit zum aktiven Heere, zu der aktiven Marine oder zu den Schütztruppen während des Krieges 1914—1920 nicht Voraussetzung für die Niederlegung von Untersuchungen und den Erlass von Strafen wegen einer vor dem 12. Dezember 1918 begangenen Fahnenflucht, unerlaubten Entfernung und eines Ungehorsams gegen einen Befehlsgesetz oder die Weisungsvorschriften ist. Auch wurde bestimmt, daß die Amnestierung der Untersuchungen und Strafen wegen unerlaubter Entfernung im gleichen Umfang wie bei Fahnenflucht stattfindet.

Die Pensionäre in der Privatindustrie haben unter der gegenwärtigen Steuer besonders zu leiden. Wie uns ein Pensionär der Victoria-Gesellschaft schreibt, werden Besuche im Steuerungsamt kurz mit der Begründung abgewiesen, daß für derartige Ausgaben keine Fonds vorhanden wären. Auf Verreiben des Betriebsrates hat die Direktion eine minimale Beihilfe gewährt. Das Gesamteinkommen, d. h. Ruhegehalt und Steuerungszulage darf in dessen 800 M. monatlich nicht übersteigen.

Mit einem solchen Einkommen können jene Pensionäre natürlich die bestmöglichen Lebensbedürfnisse nicht mehr bestreiten. Stirbt nun ein solch armer Mensch, der das Unternehmen durch Fleiß und gewissenhafte langjährige Dienste mit zur großen Blüte gebracht hat, vielleicht an Unterernährung, so ist die Leistung desselben aller weiteren Verpflichtungen entbunden. Sie braucht keinerlei Untersuchungen an Witwen und Waisen mehr zu zahlen.

Insofern sind die Angestellten solcher Privatindustrie erheblich im Nachteil gegenüber den Angestellten und Beamten im Reich, Staat und der Gemeinde.

Berichtszeitung.

Unter der Anklage des Kindesmordes.

Den eigenen Sohn mit Strichnien vergiftet.

Unter der schweren Anklage des Kindesmordes stand der 27jährige Schweizer Johann Langer aus Brandenburg a. H. vor den Potsdamer Geschworenen. Die Anklage wirft dem Angeklagten vor, seinen eigenen, kaum zweijährigen Sohn durch Rattengift (Strichnien) am 1. Januar 1920 getötet zu haben.

Die Ehefrau des Angeklagten starb im Juni 1918, nachdem sie einem Knaben das Leben gegeben hatte, im Wochenbett. Für das mütterlose Kind begann jetzt eine fürchterliche Zeit. Wie ein herrenloser Hund wurde der kleine Alfred herumgeschoben. Der Angeklagte hing drei bis vier Liebschaften mit jungen Witwen an, und das Kind war allen Eheschließungen gewissermaßen im Wege. Zu erst wurde das Kind nach Kosen versetzt; dort schoben es aber die Pflegerinnen ab. In Brandenburg in Pflege gegeben, vermaßtete es vollständig und bekam Krämpfe und Gesichtsausbruch. In eine städtische Krippe untergebracht, mußte das hilflose Geschöpf wieder ausquartieren werden, denn die Krippe in Brandenburg ging ein. Am Tage, länger blieb es bei keiner Pflegemutter, denn die Weiden stöhnten nur Entsetzen, aber kein Mitleid ein. Endlich erbat man sich in der Weihnachtszeit vorigen Jahres eine Frau für das Kind und pflegte es aufmerksam. Der Vater amüsierte sich, grübelte aber gleichzeitig darüber nach, wie er sich des Kindes entledigen konnte. Nach der eigenen Aussage des Angeklagten verschaffte er sich vom Polizeirevier II in Brandenburg einen Erlaubnischein zur Erlangung von Rattengift. In der städtischen Apotheke wurde ihm daraufhin fünf Gramm Strichnien gegen Unterscheidung eines Giftschmelzes verabfolgt. Am 1. Januar d. J. besuchte der Angeklagte zuerst den Gottesdienst und suchte dann sein Kind auf. Unter einem Vorwande schickte er die Pflegemutter aus dem Zimmer, entlockte schnell die Bissflüssigkeit, tat einige Körnchen des furchtbaren Giftes auf den Pflöckchen und ließ das Kind fangen. Ein paar Minuten später wand sich das arme Geschöpf unter fürchterlichsten Schreien. Der unmenliche Vater rief die Pflegemutter und sagte: „Alfred ist wohl nun tot.“ Trotzdem nahm er das Kind und brachte es zu Dr. Stephan. Dieser stellte Krämpfe fest, verschrieb Umschläge und Medizin. Die Qual des Kindes wurde immer entsetzlicher, und als die Pflegemutter darauf drang, den Kleinen in das städtische Krankenhaus zu bringen, tat L. dieses auch; aber auf dem Wege dorthin wurde es von seinen Qualen erlöst. Erst auf eine anonyme Anzeige hin stellte die Polizei Ermittlungen an. Im Schmelzwerk fand man im Arbeitsschrank des Angeklagten die Strichnienflüssigkeit vor. Die Kindesleiche wurde ausgegraben und die Leichenteile dem Gerichtschemiker Jeserich, Berlin, überhandt. Dieser

konnte noch eine Menge angelegener Strichnien in den Behältern feststellen.

Nach dem Spruch der Geschworenen wurde der Angeklagte nicht des Mordes, wohl aber des Totschlages für schuldig befunden und nach dem Antrage des Staatsanwalts unter Ausschluß mildernden Umstände zu fünfzehn Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Landberg als Geißel.

Die Abenteuer des früheren Reichsministers Dr. Landberg, der in Magdeburg am 7. April v. J. als „Geißel“ festgenommen war und nach Braunschweig verschleppt werden sollte, werden nun im Juli Gegenstand einer Verhandlung vor der Magdeburger Strafkammer bilden. Wegen Freiheitsberaubung werden sich sechs Personen zu verantworten haben.

Anfang April wurden in Magdeburg zwei Soldatenräte und der Stadterordnete Brandes, Mitglied der L. S. P. D., verhaftet. Dies erregte die Unzufriedenheit in Magdeburg aufs Höchste. Am 7. April wurde auf dem Domplatze in einer großen Protestversammlung laut die Festnahme von Geißeln verlangt, man lobte und schrie und eine große Menschenmenge zog ins Generalkommando, wo sie den Vorsitzenden des Zentralratsrates so lange bedrängte, bis er die Namen von Geißeln aufzählte. Der Schlosser Düring, als Mitglied der Kriminalabteilung des Wachregiments, nahm zwei Hauptleute und den kommandierenden General vom Reich fest, die in das Arrestlokal abgeliefert wurden. Reichsjustizminister Landberg befand sich zur kritischen Zeit auf der Straße auf dem Wege nach Berlin, wo er einer Rabinetsitzung beiwohnen wollte. Da drängte plötzlich eine Menschenmenge auf ihn ein und verlangte einen Ausweis. Die vorgezogene Mitgliedsliste zur Rationalisierungsversammlung wurde nicht respektiert, Landberg wurde festgenommen und in eine Kaserne gebracht. Vor der Kaserne fand eine aufgeregte Menschenmenge und rief laut: Geißeln! Geißeln! und die Angeklagten verlangten die sofortige Herausgabe Landbergs. Er wurde dann zum Vollzugsrat gebracht, dessen Vorsitzender seine Freilassung anordnete. Die aufgeregte Menge drängte aber ins Zimmer, erklärte immer wieder, daß sie Landberg haben wollte, und man holte den jetzt angeklagten Unabhängigen Vater, stellvertretenden Polizeipräsidenten, herbei. Dessen kategorische Auffassung, zu sagen, wo sich Brandes befindet und für dessen Freilassung Sorge zu tragen, wurde von Landberg entschieden abgelehnt, da die Freilassung lediglich Sache des Gerichts sei. Landberg wurde dann unter großem Hallo zu einem Auto gebracht, auf dem mehrere mit Armeerevolvern bewaffnete Personen Platz nahmen, und das Auto fauchte mit dem „Gefangenen“ in schnellstem Tempo davon. Das Ziel war Braunschweig. In Arsenstadt erlitt das Auto eine Panne und es mußte per Telefon erst aus Magdeburg schleunigst ein anderer Wagen requiriert werden. Die Fahrt ging dann weiter, man kam aber nur bis Helmstedt. Die inzwischen benachrichtigte Polizei hatte nämlich die Landstraße mit Leitern versperrt und der Polizeiwachtmeister Bremer trat mit erhobenem Revolver hervor und gebot Halt! Die vordersten Autos ließen sich festnehmen und wurden ins Rathaus gebracht. Minister Landberg konnte dann nach Berlin fahren, die Begleiter wurden nach Braunschweig, wo sie sich im Schloß bei dem Revolutionskomitee meldeten und zunächst deshalb verhöört wurden, weil sie sich durch einen Polizeitroß den Ministern hätten entziehen lassen. Polizeiwachtmeister Bremer ist übrigens am Tage nach der Tat, von Insassen eines Autos, unter denen sich einige der Angeklagten befanden haben sollen, schwer mißhandelt worden. Diese Tat ist Gegenstand eines besonderen bei der Staatsanwaltschaft schwebenden Verfahrens. — Nach der Bekämpfung der Angeklagten soll die Festnahme des Ministers nur zu dessen eigener Sicherheit erfolgt sein. — Die Verhandlung wird am 13. Juli vor der Strafkammer in Magdeburg stattfinden.

Sport.

Ein Robo-Rennfest wird auf der Grunewald-Bahn am 8. August veranstaltet werden. Dieser Tag ist ein Sonntag, der zu der sogenannten Berliner Woche gehört, die der Verband der Deutschen Robo-Industrie veranstaltet und die mit einer Reihe öffentlicher Festlichkeiten sommerlichen Charakters verbunden sein soll. — Der Totalisatorumtag belief sich am Sonntag in Hamburg-Horn, wo der Hansa-Preis zum Auszug kam, auf 3 1/2 Millionen Mark. — Die Eventual-Quoten im Großen Hansa-Preis waren: Einkiebler 23, Bestat Grady 30, Starabac 52, Kosenritter 295, Siedenschläfer 324, Falkule 1073, während Ramund, der Sieger, 850:10 brachte.

Jugendveranstaltungen.

Heute, abends 7 1/2 Uhr:

Sozialistische Schülersektion, Reuthaus, Rogatzk. 53. Vortrag: „Die höheren Schüler nach der Revolution“. Alle sozialistisch denkenden Schüler und Schülerinnen sind hierzu herzlich eingeladen. — **Roabit, Jugendheim, Waldenstr. 20, Schule, Zimmer 12.** Diskussionsabend: „Warum feiern wir Sonnenwend?“ — **Venzlauer, Rosenhaler und Schönhauser Vorstadt I und Schönhauser Vorstadt II.** Jeden Dienstag und Freitag finden auf dem Spielplatz an der Gleimstraße, unsere Ringkämpfe statt. Beginn 7 Uhr. Es ist Pflicht, jedes Ringkampfes regelmäßig zu erscheinen. — **Spandau.** Jugendheim, Oberingheim, Kfamerling: Diskussionsabend.

Verandt, für den rechte. Zeit: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Giese, Berlin. Verlag: Verlagsanstalt Post-Druck u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Preis 1 Blatt.

Vier Augen sehen mehr.

Wenn Sie mit Ihren beiden Augen nicht mehr genug sehen können, wenn Ihnen die Arbeit sauer wird oder das Lesen bei Licht zur Anstrengung, wenn Sie die Schilder der Straße oder der Bahn nicht schon von fern zu erkennen vermögen, kommen Sie zu uns und lernen Sie mit vier Augen sehen. Falls Sie schon Gläser benötigen, so geben Sie uns Gelegenheit, Ihnen zu zeigen, ob wir nicht doch mit unseren Punktör-Gläsern Ihr Sehen verbessern können. Wir haben Gläser zur Ausgleichung eines jeden optischen Fehlers, soweit dies überhaupt möglich ist. Mit gut passenden Punktör-Gläsern wird eine Arbeit Vergnügen bereiten, die Ihnen vorher zur Last wurde, oder

Sie werden Schilder an der Straßenbahn erkennen, vielleicht schon in einer Entfernung, in der Sie früher kaum die Bahn bemerkt hätten.

Kostenlos

prüfen wir Augen und Sehraft mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller Fassungen. Unsere Garantie währt zwei bis drei Jahre, und in dieser Zeit machen wir Ihnen „alle Reparaturen umsonst“, selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wird. Nur für Hornsteile, Schildpatt und für zerbrochene Gläser haben Sie zu zahlen.

Optiker Rubnke

10 Prozent Rabatt auf Gläser und Reparaturen nur bis zur nächsten Lohnverhöhung!

- Schöneberg: Sumpff. 21, Ecke Klagenf.
- Friedenau: Albrecht, 18, Ecke Stralitz.
- Neukölln: Bergstr. 4, Ecke Bismarck.
- Spandau: Breite Str. 24, nahe Markt
- SO Oranien-Str. 44 zwischen Reich- und Oranienplatz
- S Rottbauer Damm 10 nahe Janbodt
- O Frankfurter Allee 14 nahe Zieg
- SW Neue Allianzstr. 4 nahe Janbodt
- Spittelmarkt: Alexander-Platz nahe Bismarck
- W Friedrich-Str. 193a Ecke Leipziger Str.
- Leipziger Str. 113 Ecke Kauer-Str.
- Ciuf-Str. 1 Ecke Potsdamer Str.
- NW Friedrich-Str. 150a Ecke Doroshofstr.
- N Chaussee-Str. 72 nahe Bismarck
- Schönhaujer Allee 61 am Bpt. Rieding
- AN Friedrich-Str. 108 Ecke Zingststr.
- Javaliden-Str. 164 Ecke Braunenstr.
- Javaliden-Str. 117 am Glöttner Bpt.
- Charlottenburg: Teuschel-Str. 15 Ecke Neuburger Str.
- Joachimsholer Straße 1 nahe Bpt. Zoo
- Wilmersdorf: Berker Str. 12-23 nahe Ullrichstr.

